INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

STOP

Bist du sicher, daß du dieses Heft wirklich kaufen willst? Du denkst vielleicht,es kostet nur 2,-, da nimmst du's mal mit und schaust zu Hause nach, ob was drinsteht, was dich interessiert. Warum machst du das lieber nicht vorher? Hier und jetzt? Die BuchhändlerIn oder die KneipenwirtIn freut sich, wenn sie ein bißchen Gesellschaft hat. Vielleicht hat sie auch schon eine Meinung dazu, ob es sich bei diesem Heft überhaupt lohnt, es abzuschleppen.

Wir machen uns eine Menge Arbeit, die Interim, bzw. das Zeugs was drinsteht unter die Leute zu bringen, und haben keine Lust ständig die Auflage (und unseren Streß) zu erhöhen, damit die Zeitungen dann irgendwo zwischen Küche und Klo abgelagert werden. Also willst du dieses Heft wirklich *lesen*? Na gut, dann schieb die 2,- rüber.

Nr. 85

11. Januar 1990

Unsere Erholungspause war wohl doch zu lang, denn bei uns stapeln sich die Broschüren, Texte und Flugis.
Aber ganz untätig waren wir in den letzten drei Wochen nicht. Wir haben zum ersten Mal eine Dokumentation als Sondernummer herausgegeben. Sie ist eine Auswahl aus einer 233-seitigen Dokumentation von Akten, die die RZ während ihrer Aktion gegen die "zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für ethnische Minderheiten" im November letzten Jahres geklaut haben. Dieses kleine Amt ist das wichtigste Element des sogenanten "Kölner Modells" zur "Betreuung" von Roma im Raum Köln, d.h. Registrierung, Kontrolle, Aussonderung und Vertreibung der Roma. Diese Informationen gewinnen an Wichtigkeit, da derzeit wieder Roma aus NRW abgeschoben werden sollen bzw. das "Kölner Modell" auf andere Städte ausgeweitet werden soll.
Für unsere Auswahl stand eher der allgemeine Aspekt im Vordergrund, wie eine Behörde durch Versatzstücke von Mitbestimmung und Interessenvertretung ihr Ziel der Integration oder der Vertreibung erreichen will.

Leider haben wir die Nachfrage nach der INTERDOKU falsch eingeschätzt. Sie ist bereits ausverkauft, sodaß ihr sie kopieren müßt. Wir fänden es aber auch gut, wenn andere diese oder eine andere Auswahl oder die ganze RZ-Dokumentation nachdrucken würden.

Zu diesem Heft:
Nur ein Teil der Texte, die wir zugeschickt bekommen haben, hat in dieser Nummer Platz. Die Auswahl orientiert sich deshalb notgedrungen an der Aktualität und dem Berlinbezug. Trotzdem mußten wir einige Texte stark verkleinern.
Die Diskussion um das RZ-Papier aus der Nr.82 wird in diesem Heft mit zwei Beiträgen fortgesetzt. Einen dritten Beitrag haben wir auf die nächste Woche verschoben, ebenso wie diverse Texte aus der BRD zu gerade stattfindenden oder anstehenden Prozessen. Wir werden versuchen, diese zusammenzufassen. Das gleiche gilt für Texte aus der DDR. Wie ihr euch den EX-Lautsprecherwagen ausleihen könnt, erfahrt ihr dann hoffentlich auch.

Noch ein paar Technix:
Ihr solltet in jedem Fall eure Beiträge einzeilig und, wenn es geht, in zwei oder drei Spalten tippen. Der freizulassende Rand muß oben und an den Seiten 1cm und unten 1,5cm betragen. Gegen Lay-out haben wir nichts, außer wennwir es selber machen müssen.
Die Fotos von der Kiezdemo haben wir im Papierberg leider erst zu spät entdeckt, sodaß wir sie in dieser Nummer nicht mehr benutzen können. Wir haben uns aber trotzdem darüber gefreut.

INHALTVERZEICHNIS

ORDNERVERZEICHNIS

Info-Büro für Gefangene/Hamburg, Nr. 3
Von linken Anwälten und rechtsradikalen Feministinnen (Vergewaltigungsprozeßbericht, siehe INTERIM 82)
Knipselkrant/Für den Kommunismus
Internationaler Aufruf gegen Shell

EIGENTUMSVORBEHALT

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

DISKUSSSIONSBEITRÄGE ZUM RZ-PAPIER

Wir reagieren im Zusammenhang auf die Perspektivdiskussion in den letzten Interims.

Wir sehen die gegenwärtige Situation in der revolutionären Linken als äußerst desolat an: mangelnde Strukturen, Diskussionen und Kontinuität, Perspektivlosigkeit, in dem Zusammenhang eine weitgehende Handlungsun - fähigkeit, Resignations- und Individualisierungstendenzen.
Dafür sehen wir zweierlei Ursachen, die sich gegenseitig begingen:
Zum Einem das Verhältnis, die Beziehungen unter uns. Unser Umgang miteinander ist häufig einfach zum Kotzen! Oftgenug sind befriedigende zwischenmenschliche Beziehungen, die erst eine kontinuierliche Politik nach 'außen' ermöglichen, nicht gegeben.
Zum Zweitem fehlt uns eine durchsetzungsfähige Perspektive, auf dessen Suche wir uns auch gemacht haben.
Deshalb auch die Zweiteilung des Textes.

Unsere Erfahrungen:
Die alltägliche Gewalt, die wir alle zu spüren bekommen, leben wir auch in unseren Zusammenhängen und richten sie gegen uns selbst, d.h. die Gewalt wurde nach unten kanalisiert. Sie durchdringt unseren Körper, wirkt bis in unsere Träume, Wahrnehmungen und Denkchemata herein. Nur selten, und das hat mit der Repression zu tun, können wir sie gegen das System richten, von dem sie ausgeht, gegen die HERRschenden.
Als Folge von Gewalt entstehen Schmerzen und damit dann auch Angst voreinander, vor Verletzung, Abhänigkeit (Nähe), fallengelassen, mißverstanden, abgeblockt zu werden.DieAngst führt zu Schutz- und Abwehr - mechanismen, zu entfremdetem Fühlen, Denken, Handeln, zu einer Charaktermaske und bedingt den Zustand unserer Isolierung. Zusammen mit dem Bedürfnis nach Nähe, Wärme, Zärtlichkeit und Sexualität, führt sie zu Depressionen, Verdrängungen, zur Tendenz zum Rückzug in Zweierbeziehungen.

Es gibt auch eine starke Tendenz zu geschlechtergetrennten Zusammen - hängen, die sich auch bei uns ausgewirkt hat (wir sind Männer). Nicht weil wir das so bestimmt hätten, sondern die Praxis hat gezeigt, daß wie wir miteinander umgehen, unsere Denk-, Wahrnehmungs- und Interpretationsmuster, unser definieren von Frauen, unser funktionalisieren, ausbeuten von Gefühlen, für Frauen oft nicht akzeptabel, unsere Realität für Frauen oft erniedrigend und verletzend ist. Also Männerzusammenhang als Ergebnis eines Kampfes von Frauen gegen Männermacht, Männergewalt. Dieser Kampf konfrontiert uns immer wieder mit unseren sexistischen Strukturen. Bei dem Versuch der Bestimmung unserer männlichen Identität treffen wir im Kern eben auf einen ziemlich 'normalen' Mann, mit 'normalen', sprich sexistischen Frauenbild. Einem Frauenbild voller sexistischer Stereotypen: Frau - technisch unbegabt, schwach oder übermächtig, abhängig, Schönheitsideal, Männermacht über Frauenkörper, Spiegel zur Selbstbestätigung, usw.. Das ist uns meist nicht zugänglich, wird verdrängt, ist aber dennoch in uns und zeigt sich im Handeln, je näher eine Bezeihung (speziell Liebesbeziehung) zu einer Frau desto mehr. Vor allem in Liebesbeziehungen reproduzieren wir oftmals die Beziehung zu unserer Mutter. Sexualität hat auch viel mit Angst und Macht zu tun.

Es entsteht oft kein wirkliches Zusammenkommen von Menschen, die Beziehungen bleiben weitgehend oberflächlich und unverbindlich. Eine oftmals praktizierte Trennung von privat/politisch, führt dazu, daß nicht genug miteinander läuft. Einerseits 'private' Zusammenhänge, ohne kontinuierliche politische Diskussionen und ein Fehlen der Erkenntnis, daß wir als Subjekte von gesellschaftlichen Realitäten nicht zu trennen sind, wir uns nur im Bezug zu äußeren politischen Entwicklungen verstehen können und andererseits 'Politgruppen', die sich zu einem aktuellen Thema zum

T.K.

Wochendate zusammenfinden (um es man extrem auszudrücken). Diese Gruppen sind meist nicht in der Lage Phasen der Perspektivlosigkeit, des Frustes dem Druck von außen (Repression), größeren Schwierigkeiten untereinander standzuhalten.
Damit sind entscheidene Grundlagen für kontinuierlich arbeitende Gruppen nicht gegeben. Unser Kampf muß daher auch in Richtung Aufhebung der Trennung privat/politisch geführt werden. Die Bedingungen des Kampfes verbessern wir uns im Prozeß des Kampfes selbst.
Dazu noch ein Zitat aus dem 'Revolutionärer Zorn Praxis '78 ' der RZ:
"Die wichtigste Praxis einer Zelle ist die politische Diskussion. Nur eine Gruppe, in der eingestandene und verdrängte Ängste, Spannungen in den Beziehungen untereinander ausdiskutiert werden"..,"die in einem kollektiven Diskussionsprozeß daran arbeitet, die Zersplitterung von privat und politisch, von 'innen' und 'außen' aufzuheben, wird ein Ganzes. Sie wird zu einer revolutionären politischen Praxis fähig.
Wir kennen Leute, die sich zusammengeschmissen haben, um Aktionen zu machen, und nie über technische Diskussionen rausgekommen sind. das geht auf Dauer nicht gut. Es führt entweder zu Aktionismus, in den meisten Fällen jedoch sind die Leute nach kurzer Zeit gefrustet wieder auseinandergelaufen."

Wir haben Ansprüche, d.h. Werte oder ein Bild, wie wir zu sein haben bzw sein sollten, die oft zu uns und unserer Wirklichkeit im Widerspruch stehen. Ansprüche die unter uns da sind üben Druck aus, da jedeR Angst haben muß, wenn er/sie diesen nicht entspricht, nicht mehr akzeptiert, ernstgenommen, geliebt zu werden. Wir setzen sowohl uns selbst, wie auch andere in dem Moment unter Druck, wo wir unsereAnsprüche voreinander aufrecht erhalten.
Ein Beispiel: Unsere antipatriachalen Ansprüche sind erst mal nicht viel mehr als Ansprüche. Ansprüche üben Druck aus, der aber zu nichts führt, außer zu Wendehälsen. Wir sagen nicht wir müssen jetzt antipatriachal drauf sein, weil das von uns als revolutionäre Männer erwartet wird, sondern akzeptieren uns so wie wir jetzt sind.
Zusammen mit unserem Bedürfnis nach befriedigenden Beziehungen mit anderer Menschen, hier jetzt speziell zu Frauen (wobei uns unsere sexistischen Strukturen generell im Wegestehen), gibt uns das den Raum ohne Druck durch unsere Ansprüche an einer Veränderung praktisch zu arbeiten.

Abschließend bleibt zu sagen: Der Prozeß der Menschwerdung läuft über den Weg der Revolte. Sie ist oft Ausgangspunkt für das Zusammenkommen der Individuen, darf aber nicht als die Grundlage bestehen bleiben. In dem Prozeß muß die Trennung von privat/politisch überwunden werden, um uns als unteilbare Wesen zu begreifen. Wir müssen erleben und fühlen, daß es uns im Kampf besser geht, uns aufeinander zu bewegen, uns gegenseitig Kraft geben, mensch werden. Wir haben nichts zu verlieren, außer unsere Angst. Nur in diesem Prozeß gibt es eine Weiterentwicklung, kommen kollektive Prozeße in gang. Aktion und Kollektiv werden st ehen im Wechselspiel, bedingen sich gegenseitig. Ein wirkliches Zusammenkommen von Menschen ist eine Bedingung für eine kontinuierliche politische Arbeit. Kämpfende Kollektive aufbauen!

Frühlingswind im Winter oder
Auf der Suche nach einer durchsetzungsfähigen Perspektive
Wir sehen die absolute Notwendigkeit einer öffentlichen Diskussion (z.b. in der Interim) über eine durchsetzungsfähige Perspektive.
Wir begrüßen verschärft die bisherigen Beiträge in den letzten Interims, wollen uns dazu vor erst aber nicht äußern. Sattdessen hier ein weiterer Beitrag.
Unserer Meinung ist die Zersplitterung der AktivistInnen in vielen Bereichen und dazu eine mangelnde Zusammenarbeit ein wichtiger Aspekt unserer derzeitigen Schwäche. Es laufen zu viele Sachen isoliert voneinander ab. Sicher gibt es nicht den Knachpunkt des Systems und die Arbeit in allen Bereichen ist unwidersprochen wichtig, doch sehen wir darin auch einen Grund unserer Schwäche.
Deswegen stellen wir uns eine Bündelung unserer Kräfte auf ein bestimmtes 'Projekt' vor. Das 'Projekt' ist anhand der öffentlichen diskussion

herauszufinden und an vorhandenen Brennpunkten zu orientieren. Durch eine Konzentration unserer Kräfte, der 'Bewegung' und klandestiner Zellen, auf ein bestimmtes Thema, soweit es unter repressionstechnischen Gesichtspunkten durchführbar ist, wird die Möglichkeit der Durchsetzbarkeit unserer Forderung erhöhen. Die reale Chance der Durchsetzung an einem Punkt bzw. der Erfolg selbst dürfte seine Wirkung nicht verfehlen, wird helfen die Perspektivlosigkeit und Agonie zu überwinden.

Nun kommt es auch immer auf das 'Objekt unserer Begierde' an. Und da sehen wir verschiedene Ansatzpunkte:
- Häuserkampf und MieterInnenwiderstand. Ein direkter Bezug der Aktionen auf konkrete Lebensbedingungen von Menschen hier bzw. zur Unterstützung ihrer Forderungen. Also Intervention an einem vorhandenen Brennpunkt um uns da einzudringen und durchzusetzen und im günstigsten Fall eine Kettenreaktion auszulösen. Ein solcher Brennpunkt wäre beispielsweise Häuserkampf und MieterInnenwiderstand. Gerade an diesem Punkt ist in letzter Zeit viel gelaufen.
Als klandestine Zelle können wir gegen Hausbesitzer, Spekulanten, Gerichtsvollzieher, usw. vorgehen. Der Punkt ist auch bestens geeignet die 'Scene'-Isolation zu sprengen.
- Ein anderer Fall ist der Internationalismus. Für die 'Massen' hier ist ein Südafrikaboykott kein Thema. Früchteboykott oder Shellkampagne haben keinen direkten Bezug zum Alltag der Menschen hier, ausgenommen der eh schon politisierten. Die Betroffenheit über die Situation anderer irgendwo auf der Welt ist nicht so stark, wie die über die eigene Situation. Betroffenheit fängt erst bei der eigenen Lebenssituation an. Das erst mal als Feststellung.
Beispuel 'adler': Durchsetzung der Ziele südkoreanischer ArbeiterInnen. Ein beispielsloser Erfolg und der beste Beweis für die Wirksamkeit militanter Aktionsformen. Leider hatte das kaum Bezug auf die Lebensbedingungen für die Menschen hier.
- Aktionen gegen den militärisch-industriellen Komplex, der Hochtechnologie und dem Forschungsbereich (Bio- und Gentechnologie) lassen sich fast nur noch der 'Scene' vermitteln, stellen für die Schweine aber einen äußerst wichtigen Bereich dar.
Weitere Ansatzpunkte: Sexismus-Patriachat, AusländerInnen (Rassismus, Faschismus), Konflikte im Re- und Produktionsbereich (Gesundheitswesen, Arbeitskämpfe).

Für die angeführten Bereiche sind unterschiedliche Herangehensweisen nötig, sie unterliegen einer unterschiedlichen Vermittelbarkeit. Wir finden alle Bereiche für wichtig, sehen aber den Bereich Häuser und Mieten als den im Moment geeignetsten Ansatzpunkt. Wollen die anderer aber auch nicht so einfach fallenlassen, aber das sollte die Diskussion ergeben.

Es war vor Jahren schon die Forderung 'den Kampf um die Köpfe der Menschen führen'. Eine andere 'Global denken - lokal handeln'. Es stellt sich immer die Frage des Bezuges auf WEM, der Vermittelbarkeit WEMGEGENÜBER, also der Perspektive.
Nochmal: Wir wollen eine öffentliche Diskussion!
Die Organisierung klandestinerZellen
- als einzige mögliche Organisationsform zur Durchführung militanter Aktionen, ohne dabei in der Öffentlichkeit stehend dem Repressions - apparat ausgesetzt zu sein.
- als Ort der Entwicklung, Weiterentwicklung und Vermittlung von Techniken der Klandestinität, Planung und der Sabotage.
- zur Vermittlung vom Bewußtsein der Angreifbarkeit des Systems, der Entmythofizierung der Allmacht des Staates und der eigenen Durchsetzbarkeit
- als Trägerin militanter Aktionsformen, der direkten Aktion und der Sabotage, als ein Teil des Widerstandes, neben anderen, zur Durchsetzung unserer Ziele.

Diskussion führen - Zellen bilden!

eine Autonome Zelle

IN GEFAHR UND HÖCHSTER NOT BRINGT DER MITTELWEG DEN TOD

So begrüßenswert es auch ist, daß sich eine Gruppe, die sich Revolutionäre Zelle nennt, "mit der Aufgabe konfrontieren" will, eine militante (Zellen-) Perspektive zu entwickeln, so kritikwürdig ist der patriarchale und chauvinistische Hintergrund des in der "INTERIM" 82abgedruckten Papieres. Die anfängliche Freude über einen längst überfälligen Diskussionsbeitrag zu Organisierungs- und Handlungsperspektiven der revolutionären Linken verschwindet schon nach dem Lesen der ersten Spalten.

"Die sexistische Arbeitsteilung und Ausbeutung und die Gewalt gegen Frauen ist für uns Bestandteil des patriarchalen Herrschaftssystems, ohne das Imperialismus in der Dritten Welt und hier nicht begriffen werden kann.
Im Kampf gegen die Bio- und Gentechnologie sehen wir einen Ansatzpunkt, unseren Widerstand gegen dieses System, gegen jegliche Unterdrückung, für Frauenbefreiung weltweit zu entwickeln. Wir sehen unseren Kampf hier nicht losgelöst von den Verhältnissen, die der Imperialismus in der Dritten Welt bewirkt, sondern als konkreten, praktischen Anti-Imperialismus, indem wir versuchen, den reibungslosen Ablauf der Kapitalstrategien und sein Eingreifen in die Strukturen der der Dritten Welt hier zu behindern."
Rote Zora, Januar '87

"Obwohl sich auch in den Metropolen die Lebensbedingungen verschärfen dürfen wir einen entscheidenden Punkt auf keinen Fall außer Acht lassen:
Unsere Privilegien, wovon der Konsum eines ist, beruhen auf der Ausbeutung, Verwertung und Vernichtung der Menschen der 3 Kontinente."
Rote Zora, in der Erklärung zu den Anschlägen auf Adler im Sommer'87

Die zwei Zitate zeigen die beiden grundsätzlichen Fehler des Textes: "200 Jahre sind nicht genug". Wo bleibt die Auseinandersetzung mit Texten und Praxis der Roten Zora, wo eine Stellungnahme zu der Frage "Was ist Patriarchat" ?
Gerade eine Aufarbeitung der linksradikalen Diskussion der "letzten 10-15 Jahre" muß Geschichte als Geschlechterkampf begreifen, muß sich orientieren an Frauenkämpfen hier und im Trikont. Aber diese Gruppe, die sich Revolutionäre Zelle nennt, erwähnt die anti-patriarchalen, antiimperialistischen Kämpfe von Frauen nicht und leugnet somit auch, daß patriarchale Strukturen Fundament des Imperialismus sind. Sie benutzt Feminismen als reine Formalie und läßt antipatriarchale Begrifflichkeit zur bloßen Worthülse verkommen. Dies kann an unzähligen Beispielen belegt werden: sei es, daß der "Reproduktionsbereich" mit dem Stadtteil gleichgesetzt wird, daß die Aktionen der Roten Zora gegen Adler neben die Kübelaktion gestellt

werden, mit der einzigen Differenzierung, die erstere sei "sehr gelungen", sei es, daß von Gentechnologie geschrieben wird, ohne den konkreten Angriff- und die Kämpfe von Frauen dagegen- auf Frauen zu erwähnen; wie gesagt, die Liste ließe sich weiterführen.
Auch die fehlende antiimperialistische Orientierung könnte anhand vieler Beispiele nachgewiesen werden. Ungenauigkeit, die zu Unverantwortlichkeit führt, verhindert einen Kampf der Ausdruck eines praktischen Anti-Imperialismus ist. Allein die Nichterwähnung- und damit wiederum Leugnung der Kämpfe im Trikont, die notwendige antiimperialistische Bezugnahme jeder linksradikalen Politik hier, führt zu Metropolenchauvinismus. Die oberflächliche Kritik an der Flüchtlingskampagne - nicht nur - der RZ wird zur reinen Bewertung nach Erfolgs- und Leistungskriterien, weil die "Zelle" keine eigene antiimperialistische Position bezieht und so die Inhalte der Fluchtkampagne nicht solidarisch kritisieren kann.

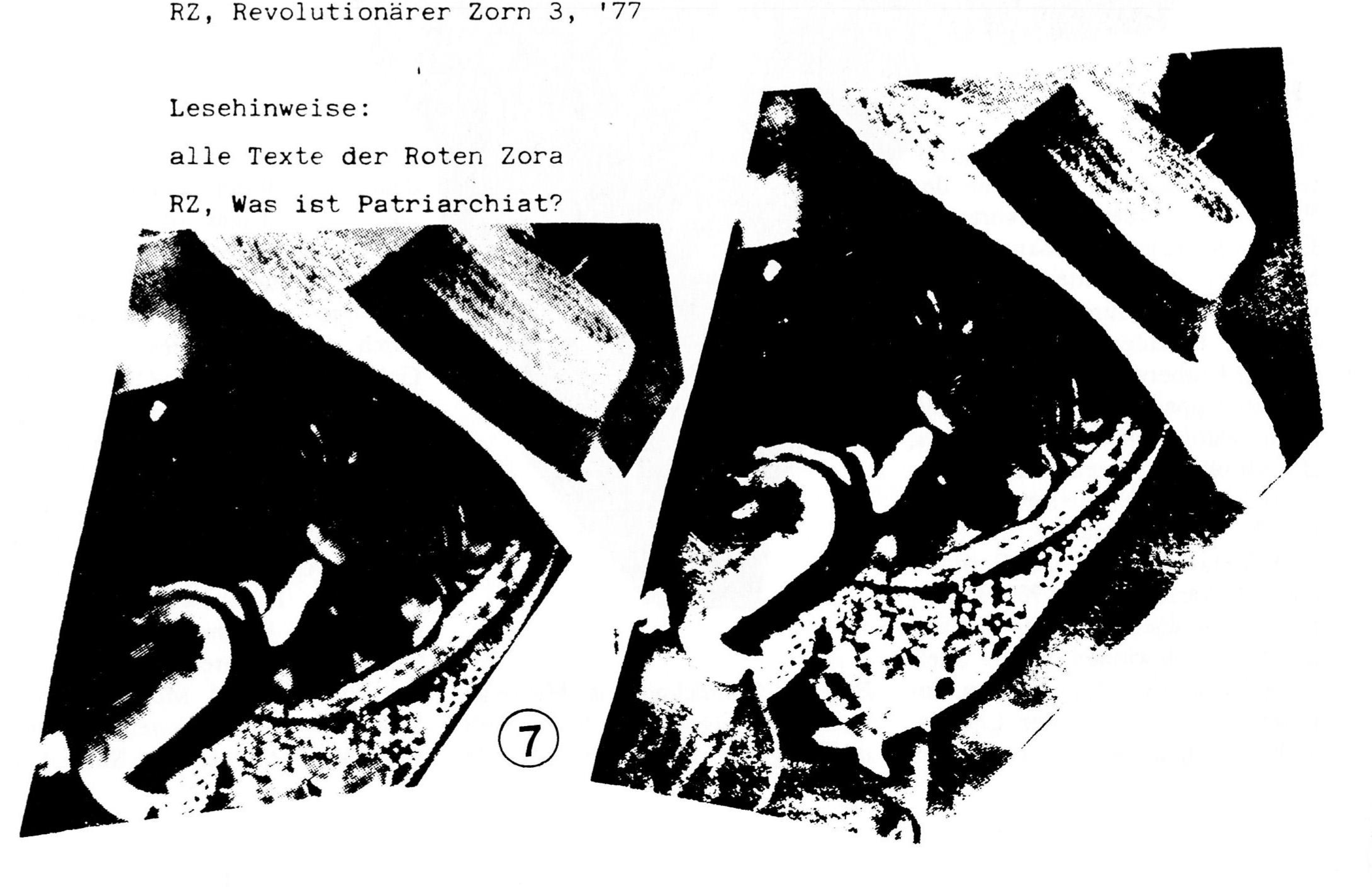
Im gesamten Papier zeigt sich eine unverantwortliche Ungenauigkeit im Umgang mit Begriffen: es werden "klandestine Aktionen" gleichgesetzt mit militanten, illegalen, bewaffneten; vor allem aber mit linken, revolutionären. Alles ist austauschbar. Auf Inhalte wird also kein Wert gelegt, dafür umso mehr auf die Form, dabei sind wir uns doch einig: "GEGEN DEN MYTHOS VOM BEWAFFNETEN KAMPF", oder?

"Revolutionäre Zärtlichkeit besteht nicht darin,die Wunden zu hätscheln, sondern gegenseitig die noch verbliebenen Abwehrkräfte zu aktivieren, im Verhältnis untereinander nicht großzügig, sprich schlampig zu sein, sondern liebevoll genau und für den anderen verantwortungsvoll. Denn es kann kein revolutionäres Bewußtsein oder Verhalten außerhalb des Kampfes geben.
RZ, Revolutionärer Zorn 3, '77

Lesehinweise:

alle Texte der Roten Zora

RZ, Was ist Patriarchiat?



BRECHT DIE VERLOGENE SHELL-FASSADE – FÜR EINE WIRKSAME TANKSTELLENBLOCKADE!!

Das Ziel ist die Shell-KundInnen zum Boykott der Shell-Tankstellen zu bewegen und über die Machenschaften des Konzerns zu informieren.
WER SHELL TANKT, TANKT APARTHEID
Deshalb werden wir die KundInnen direkt an den Einfahrten der Tankstelle empfangen: Mit Flugblättern zur Information, aber auch optisch wollen wir was bieten. Das Tankstellen-Einfahrtsbalett – mit bunten Sandwiches geschmückt – Tanz den „Shell to hell"-Boogie. Eine Premiere. Tankstellen sind bekanntermaßen häßlich. Wir werden sie unübersehbar mit bunten Transparenten einrahmen. Mit unseren Autos können wir endlich demonstrieren, daß wir tatsächlich kein Shell-Benzin tanken. Die Autofahrer werden wir mit Flugblättern auf unsere Aktion hinweisen. Sicherlich bleiben sie stehen, um das spannende Geschehen zu verfolgen. Trommelmusik wird uns ryhtmisch aufwärmen. Bringt zur Unterstützung alles mit, was ordentlich Krach macht. Unser Politspektakel wird dem Tankstellenpersonal eine spannende, informative dreistündige Mittagspause bieten.

WARUM EINE KAMPAGNE GEGEN SHELL?



Shell's Aufstieg zu einem der größten multinationalen Konzerne der Welt begann in den 30er Jahren. In Europa finanzierte der Konzern mit Millionen den Hitler-Faschismus und profitierte durch die Ausbeutung der Ölfelder Rußlands direkt von der Eroberungspolitik der Nazis in Osteuropa. Nach dem 2. Weltkrieg schloß sich Shell mit Exxon, BP, Mobil-Oil zu dem alles beherrschenden Welt-Ölkartell zusammen. Durch Preisabsprachen mit den OPEC-Staaten stiegen die Gewinne dieses Ölkartells in den 70er Jahren ins Unermeßliche. Mit den Milliarden-Dollar-Gewinnen baute Shell seine Weltmacht auf, in anderen zentralen Sektoren, wie der Chemie, Kohle, Saatgut, und ganz aktuell der Bio- und Gentechnologie. Heute ist Shell der drittgrößte Multi der Welt und der größte ausländische Multi in Südafrika. Shell kontrolliert mit dem Ölkartell den gesamten Rohölimport Südafrikas, obwohl es seit 1979 einen Boykott der OPEC-Staaten gegen Südafrika gibt. Das Öl-Embargo umgeht Shell einfach durch den Import des schwarzen Goldes aus dem Nicht-OPEC-Staat Brunei, dessen Förderanlage zufällig zu 100% im Besitz von Shell sind. Es gibt aber gegen Südafrika nicht nur ein Ölembargo, sondern die Uno hat gegen Südafrika wegen dessen rassistischer Apartheidspolitik ein vollständiges Handelsembargo verhängt. Dies kümmert Shell wenig. Shell hat umfangreichen Anteil an der Chemie- und Metallindustrie Südafrikas. Als weltweit größter Kohlehändler organisiert Shell den

„Strategisch gesehen gibt es keine bessere und keine größere Zielscheibe als Shell. Je größer die Zielscheibe ist, desto öffentlichkeitswirksamer wird ihre Kampagne sein.“ (John Wilson, Präsident von Shell/Südafrika)

Export südafrikanischer Kohle nach Westeuropa. Aus südafrikanischer Kohle wird im Rotterdameer Hafen urplötzlich holländische Kohle und somit läuft das EG-Importverbot für südafrikanische Kohle ins Leere.

Wegen dieser offenen Unterstützung des Rassistenregimes läuft seit Jahren eine breite Boykottbewegung besonders in den USA, England, Niederlande und Skandinavien. Der vielfältige Widerstand gegen Shell hat zu erheblichen Umsatzeinbußen in einzelnen Ländern geführt. Unter anderem wurden allein 1989 in 120 Tankstellen in Westeuropa Zucker in Tanks geschüttet und Schläuche durchtrennt.

In den USA hat die besonders in der schwarzen Bevölkerung verankerte Anti-Apartheid-Bewegung durch ihre vielfältigen Boykott- und Blokkadeaktionen den Rückzug der US-Konzerne wie Exxon und Chase-Manhattan-Bank aus Südafrika erzwungen. Der Widerstand gegen Shell ist in diesen Ländern deshalb so erfolgreich, weil jede Gruppe und Organisation das macht, wozu sie sich in der Lage fühlt und was sie politisch vertreten kann – ohne sich von anderen Gruppen in der Kampagne abzugrenzen oder andere auszugrenzen. Dies wollen wir auch für unsere Aktionen beherzigen. Entgegen allen Behauptungen in der hiesigen Presse fordert die schwarze Bevölkerung Südafrikas nach wie vor den Rückzug aller ausländischen Konzerne aus Südafrika, die mit dem Rassistenregime zusammenarbeiten und fordert den weltweiten Boykott dieser Konzerne. Wir wissen, daß gerade die BRD-Banken und alle anderen großen Firmen wie Bayer, Siemens, Daimler, Howaldt-Werft und VW weiter ihre Geschäfte mit Südafrika machen. Wir schließen uns jetzt dem SHELL-Boykott an, weil gegen Shell die internationale Boykottbewegung am weitesten entwickelt ist und gerade auch im Zusammenhang mit dem zukünftigen EG-Binnenmarkt an Bedeutung gewinnt.

Eine stärkere Zusammenarbeit durch koordinierte Aktionen ist wichtig, weil mit dem Machtantritt von de Klerk in Südafrika eine neue Phase der Kollaboration der EG-Staaten mit dem Rassistenregime eingeläutet wird. Pressewirksam hat de Klerk ein paar skandalöse Apartheidsvorschriften wie die Trennung von Schwarz und Weiß auf Parkbänken und Badestränden aufheben lassen. Die eigentliche Bedeutung der Rassentrennung in den Schulen, in der Industrie, in den Kohlegruben wird aber eher noch gefestigt. In Südafrika bleibt trotz aller Reförmchen die Rassentrennung die soziale Klassentrennung!!

Davon profitieren zu allererst Konzerne wie Shell. Sie werden nicht freiwillig gehen!

SHELL RAUS AUS SÜDAFRIKA!

Shell to hell, aber schnell!!



Treffpunkt: Samstag, 20.1.90, 12 Uhr
Shell-Tankstelle am Reichspietschufer direkt neben dem Flohmarkt

Aktionsbündnis gegen Shell

SHELL RAUS AUS SÜDAFRIKA!

Die beiden Redebeiträge, die ihr auf den nächsten Seiten lesen könnt, wurden auf der Anti-Shell-Veranstaltung am 13.12 von holländischen GenossInnen gehalten. In beiden werden sowohl die Geschichte als auch die Schwierigkeiten bei der Mobilisierung und die Widersprüche innerhalb der holländischen Anti-Shell-Kampagne beschrieben. Im ersten Redebeitrag wird vor allen Dingen auf die Geschichte der Kampagne mit ihrem vorläufigen Höhepunkt, der Spektakel-Blockade im April 89, eingegangen, während im zweiten der Widerstand in Den Haag gegen Shell im Vordergrund steht.

Genossinnen und Genossen!

Wir möchten gerne etwas über die Entwicklung der Aktionen gegen Shell in Holland und die Perspektive, die wir für die nähere Zukunft sehen, erzählen. Wir werden uns auf die groben Linien konzentrieren.
Es erscheint uns wichtig, ein paar Sätze über die historischen Verbindungen zwischen den Niederlanden und Südafrika und die Geschichte des Anti-Apartheid-Kampfes zu sagen. Soweit bekannt, waren die Holländer die ersten Kolonisten Südafrikas. Auch heutzutage gibt es noch ein starkes Verwandtschaftsgefühl zwischen vielen HolländerInnen und den Afrikaans-sprechenden Weißen in Südafrika, die von den "Boeren" abstammen. Faktisch ist ihre Sprache eine Abwandlung der niederländischen Sprache und "Apartheid" ein holländisches Wort.
Von jeher gab es in Holland ein großes Interesse an der Entwicklung in Südafrika,wobei immer für die Seite der Buren Partei ergriffen wurde, auch bei deren Konflikten mit den Englisch sprechenden Weißen. Zahllose Straßen in Holland sind benannt nach Generälen aus den Burenkriegen, die zum Tod von hunderttausenden Schwarzen geführt haben.
Seit dem Blutbad von Sharpville, 1960, gewinnt aber die Meinung, daß die Apartheit zu verurteilen ist, mehr an Einfluß. Eine wichtige Rolle haben dabei natürlich die traditionellen Anti-Apartheitskomitees gespielt: als erstes die sog. Anti-Apartheits Bewegung in den Niederlanden, AABN, die aus der kommunistischen Ecke hervorgekommen ist; als zweites das Komitee Süden Afrikas, KZA, das sich ursprünglich mit dem Befreiungskampf in Angola beschäftigte, aber nach 1975 sich für die Befreiung der gesamten Region stark gemacht hat; und als drittes Kairos,der aus kirchlichen Kreisen stammt. Diese Gruppen haben sich über Jahre hinweg mit Informationsverbreitung, Spendensammlungen für den Widerstand, Unterstützung in politischen Zirkeln, Demonstratinen usw. beschäftigt. Aber es wurden von ihnen auch regelmäßig Kampagnen gestartet, um die ökonomischen Beziehungen holländischer Firmen mit Rhodesien und Südafrika zu beenden. Schon seit 1973 besuchen Kairos und das KZA jährlich das Treffen der Shell-Aktionäre, um dort die Kritik an den Öllieferungen an diese Länder zu verbreiten.
Diese Shell-Kampagne gewinnt Ende der siebziger Jahre erheblich an Kraft, als bekannt wird, daß Shell noch immer Öl an Rhodesien liefert, obwohl die Vereinten Nationen dies explizit verboten haben. Es wird so brisant, daß die Regierung fast stürzt. Aber nach der Unabhängigkeit Zimbabwes gerät die Kampagne ein wenig in Vergessenheit.
Radikale Gruppen beschäftigen sich erst seit 1984 mit Südafrika, die aus der Hausbesetzerbewegung hervorkamen und sich -mehr oder weniger- auch mit Antifaschismus, Antimilitarismus und Solidarität mit Mittel-Amerika beschäftigten. In dieser Periode es täglich Bilder im Fernsehen von den Aufständen in den Townships und das war für viele Gruppen ein Grund, sich für die Unterstützung des Kampfes in Südafrika einzusetzen. In den ersten zwei Jahren waren die Aktionen ziemlich unkoordiniert und richteten sich gegen sämtliche Unternehmen, die ökonomische Beziehungen zu Südafrika aufrecht hielten. Meistens handelte es sich um kleine radikale Aktionen, z.B Fenster einwerfen, aber es ging auch die Villa eines Ölhändlers in Flammen auf und es wurde eine ganze südafrikanische Bibliothek ins Wasser geworfen. Einige Male versuchten radikale Gruppen, sich existierenden Kampagnen der Komitees, sowie bei der KZA-Kampagne für den Boykott von Krügerrand anzuschließen. Auch wegen einer großen Anzahlvon autonomen Bankbesetzngen wurde dies ein Erfolg. Daneben gab es Aktionen gegen den Import von südafrikanischen Früchten und Aktionen gegen Reisebüros, die Reisen nach Südafrika organisieren.
Es gab auch mehrere phantasiereiche Aktionen. So hat sich eine Gruppe als Steuerbeamte verkleidet und die gesamte Buchhaltung einer Firma beschlagnahmt, die ausschließlich mit südafrikanischen Weinen handelt. Dabei stellte sich heraus, daß auch einige ehemalige Minister Kunden dieser Firma waren. 1986 gelang es zwei Leuten, die sich als Bankdirektoren ausgaben, aus den Büros der Anglo-American wichtige Papiere zu klauen, aus denen hervorgeht, daß Anglo-American Steuern in Milliardenhöhe hinterzieht.
Die radikalen Aktionen nehmen immer mehr zu, werden zu einer Welle und verbreiten eine große Panik, sowohl unter den Betrieben mit Beziehungen zu Südafrika, als auch unter den Komitees, die sich ständig distanzieren. In dieser Zeit taucht auch die RARA auf, die Revolutionäre AntiRassistische Aktion. Die Gruppe zündet ein riesiges Gebäude der Firma MAKRO an (die holländische Variante der Großeinkaufkette METRO). Einige Zeit später (im Dezember 86 und Januar 87) folgen noch zwei Großbrände, die den Eigentümer von MAKRO, die holländische Firma SHV zwingen sich aus Südafrika zurückzuziehen.
Die RARA-Aktionen stoßen auf gemischte Reaktionen in der radikalen Szene: Begeisterung über den Erfolg, Zweifel an den Aktionsmitteln und viel Kritik an den

phantasielosen, dogmatischen Presseerklärungen. Shell gerät erst Mitte 1986 ins Rampenlicht, als das erste Mal die Schläuche mehrerer Tankstellen durchgeschnitten werden und einige Tankstellen in Flammen aufgehen. Erst Mitte 1987 wird von radikalen Gruppen der Plan für eine Shell-Kampagne entwickelt. Der wesentliche Grund dafür ist, daß Shell der bedeutendste ausländische Investitionsträger in Südafrika und zugleich Symbol für die westliche Unterstützung des Apartheidregimes ist. Für die autonomen Gruppen ist aber ebenfalls von Bedeutung, daß Shell ein teilweise holländischer Konzern ist, der in Holland auf verschiedene Art und Weise dominant in Erscheinung tritt. Mit Aktionen gegen Shell konnte somit auch deren Beteiligung an der Erdgasgewinnung, der Chemie und ihrer Umweltverschmutzung, der Biotechnologie und ihre Anwesenheit in der sog. Dritten Welt zur Diskussion gestellt werden. Außerdem kann man so klarmachen, wer in Holland die Macht hat.
Ausgangspunkt der radikalen Kampagne wird



die Einschätzung, daß man einen Multi wie Shell nicht durch materielle Verluste - wie beim MAKRO-Eigentümer SHV- dazu zwingen kann, Südafrika zu verlassen. Ziel der Kampagne muß es vielmehr sein den Namen der Firma zu belasten, deren Image anzutasten, sodaß immer mehr Leute nichts mehr mit der Firma zu tun haben möchten, nicht mehr tanken, ihre Verträge kündigen usw.. Erst wenn auf diese Weise der dominante Charakter von Shell in den Niederlanden zur Diskussion steht, werden die Kosten für Shell vieleicht höher werden als die Gewinne.
Im Frühjahr 1988 erreicht die radikale Kampagne zwar ihren vorläufigen Höhepunkt, trotzdem wirken die Meinungsverschiedenheiten untereinander eher bremsend auf die Kreativität und Tatkraft. Außer Sabotage- und Sprühaktionen wird nichts unternommen, um das Imagekonzept weiterzuentwickeln.
In der Zwischenzeit sind die Anti-Apartheids-Komitees durch das wachsende Interesse an der Situation in Südafrika erheblich stärker geworden. Es gelingt ihnen zusammen mit linken und sozialdemokratischen Parteien, Gewerkschaften und den Kirchen am 11.6.88 eine Demonstration für Sanktionen gegen Südafrika zu organisieren, an der 5oooo Leute teilnehmen. Obwohl der Rückzug aller Investitionen von Shell nicht zu den Forderungen dieser Gruppen gehört, wird dies in vielen Redebeiträgen und auf Transparenten gefordert.
In dieser Zeit haben wir versucht eine Bilanz zu ziehen. Nach unserer Meinung gab es eine wachsende Tendenz in Richtung Isolation von Shell: die Atmosphäre auf der Demo, der Aufruf des Ökomenischen Rates der Kirchen in Genf, die Irritation des Shellvorstands über die unzähligen Anti-Shell-Sprüche an Autobahnbrücken, die Tatsache, daß der Konzern keine Persönlichkeiten aus der TV- und Theaterwelt finden konnte, die bereit wären, in den Werbespots aufzutreten, und die etlichen Museen, Universitäten und Sportvereine, die nicht länger Sponsorengelder von Shell empfangen wollten: überall wo der Name Shell auftauchte, gab es Tumulte und politische Diskussionen.
Diese Situation wollten wir ausnutzen, um einen radikalen Schritt im Kampf gegen die Apartheid weiterzugehen. Wir wollten aus unserer eigenen, eng gewordenen Szene ausbrechen und die traditionelle Trennungslinie zwischen Komitees, radikalen Gruppen,kirchen, Gewerkschaften und Parteien zumindest für einige Zeit aufheben. Die Herausforderung war, eine radikale Aktion zu schaffen, die vielen Leuten zugänglich sein sollte.
Wir fingen an, einen Aktionsplan auszuarbeiten, der nicht einfach vom Tisch zu schieben war. Wir versuchten eine Situation zu schaffen, in der die Leute vor der Wahl standen: bin ich dafür oder dagegen, daß der Druck auf Shell vergrößert wird. Wir wollten eine radikale Aktion kreieren, die durch Shell, die Regierung oder die Staatsbehörden nur schwer auf die Straßenverkehrsordnung reduzierbar wäre. Die Effektiviität der Aktion sollte nicht an den möglichen finanzillen Verlusten gemessen werden, sondern daran, in welchem Maße die Leute Shell direkt mit Apartheid assoziieren. Auf dieser Grundlage entwickelten wir den Plan, drei Aktionstage am 19,20 und 21.4.89 durchzuführen. Ziel war, das Research-Labor im Norden Amsterdams zu blockieren. Ein halbes Jahr vorher stellten wir auf einer Veranstaltung mit 500 Leuten unseren Plan der Öffentlichkeit vor. Später wurde das Vorhaben auf weiteren nationalen und regionalen Versammlungen weiter diskutiert.
In den Monaten vor der Blockade formierten sich etliche Gruppen in vielen kleinen und großen Städten, in denen Mitglieder verschiedener Parteien, Szenen, Gewerkschaften und Kirchen zusammenarbeiteten. Je mehr sich die Blockadetage näherten, um so mehr stieg die Spannung: überall gab es kleinere Aktionen zur Vorbereitung, picket lines, Sabotageaktionen. Und eine Woche vorher fackelte die RARA ein Shellgebäude ab mit der Bemerkung, die Blockade sei sozialdemokratisch.
Die meisten Gruppen in der radikalen Szene fanden diese Kritik lächerlich und kamen dann auch zu den Blockadetagen. Aber auch Leute mit gemäßigten Ansichten strömten herbei. Insgesamt erschienen etwa 10.000 Leute. Unsere Idee war es, aus der Aktion kein graues Ereignis zu machen, sondern ein farbenfrohes und vielfältiges Geschehen, und dies gelang ziemlich gut. Viele Bands traten auf, Clowns und Akrobaten, viele farbige Trans-

parente und Bauwerke, die illegalen Radios machten eine Live-Sendung, und auf dem Wasser errichteten viele große und kleine Boote eine Wasserblockade.
Der Bürgermeister von Amsterdam hatte schon lange vorher gedroht, die Blockade aufzulösen. Und direkt am ersten Tag griff die Polizei auch sehr brutal an, mit Pferden, mobilen Einsatzkommandos, Wasserkanonen und CS-Reizgas. Es gab viele Verletzte, einige sehr schlimm, aber niemand ließ sich provozieren. Wir machten immer, so gut, wie es ging, weiter mit der Blockade und verhinderten eine direkte Konfrontation mit der Polizei. Viele verschiedene Leute kamen zusammen, es herrschte ein fröhliches Chaos an Initiativen und eine kämpferische Stimmung. Das Spektakel war sehr antörnend und vielgestaltig. Die Bullen bekamen die Situation nicht in den Griff. Eine Woche lang stand die Ölfirma Shell als kriminell gebrandmarkt im Blickfeld der Medien. Für die linke Politik war es ein wichtiges Ereignis, weil seit langem wieder so viele zusammenkamen, die aktiv waren, diskutierten und den Pogo wiederentdeckten. Die Treffpunkte waren drei Tage lang brechend voll. Es gab Kultur- und Diskussionsveranstaltungen, wo vieles zu erleben war. Viele spürten, wie stark wir sein können, wenn wir nur zusammenkommen. Und das war schon lange nicht mehr geschehen.
Zwei Wochen später fand die jährliche Aktionärskonferenz von Shell in Den Haag statt. Schon seit zehn Jahren machen die Komitees zu dieser Gelegenheit Aktionen. Sie kaufen für kurze Zeit Shellaktien, damit sie Redezeit beanspruchen können. Aus der ganzen Welt kommen Anti-Apartheid-AktivistInnen nach Den Haag, um dort zu sprechen. Diese Aktion war wohl die letzte im vergangenen Sommer.
Nach dem Sommer wurde viel diskutiert, aber die Aktionen blieben ein wenig aus. Nach dem Erfolg der Spektakelblockade suchen wir nach einer Fortsetzung. In unserem Widerstand ist es nicht so, daß aus der einen Aktion automatisch die nächste entsteht.
Da bisher v.a. diskutiert wurde und der Druck, der von der Spektakelblockade ausging, zeitweise ein wenig verschwunden ist, ist auch gleich die bunte Koalition, die die Blockade möglich machte, zerbröckelt. Shell bleibt für viele ein wichtiges Aktionsthema, aber fast alle Beteiligten sind in ihre eigenen Szenen zurückgefallen.
Im Herbst dieses Jahres wurde noch versucht, den Rekord im Schläucheschneiden zu brechen. Das wurde auch geschafft, der Zähler blieb bei 41 Tankstellen stehen. Es hat einen Versuch gegeben, diese Aktion international zu koordinieren: Dänemark, die BRD, Spanien, die Schweiz und Italien waren eingeladen mitzumachen. Die Aktion hatte aber nicht den gewünschten Effekt. Zum einen gab es aus den anderen Ländern gar keine Informationen, was dort geschehen ist, zum anderen waren die Medien daran nicht sehr interessiert. Schläucheschneiden ist längst Alltag geworden, integriert, es ist längst Teil der normalen politischen Kultur geworden.

Für die nächste Zukunft veranstalten wir erst einmal keine Großaktion wie die Blockade im April. Wir sehen darin zuviele Probleme. Die Gefahr, daß es nur eine Wiederholung wird, erscheint uns im Moment noch zu groß. Es ist fraglich, ob wir mit den verschiedenen Gruppen vor dem Hintergrund des Polizeieinsatzes letztes Mal eine Übereinkunft erreichen können, wie auf diese Polizeigewalt zu reagieren ist. Wir hatten die Idee für eine Großaktion, die Belagerung des internationalen Hauptsitzes von Shell in Den Haag. Das bleibt also noch eine Weile in der Schublade.
Wir haben uns erst einmal dafür entschieden, die Basis für solche Aktionen zu stärken: eine Reihe mittelgroßer Aktionen in verschiedenen Regionen, die nicht alle zentral aus Amsterdam koordiniert werden. Auch das Ziel der Aktionen haben wir ein wenig verändert: lautete die Forderung im Vorjahr, "Shell raus aus Südafrika", fordern wir nun, "Shell raus aus Südafrika - Sanktionen jezt". Es geht uns bei diesen "Sanktionen jetzt" v.a. um einen Boykott südafrikanischer Kohle und um die Beendigung des Luftfahrtvertrages zwischen Holland und Südafrika. Vier Mal die Woche fliegen von Amsterdam aus Flugzeuge über Frankfurt nach Südafrika. Was die Kohle betrifft, gehen 15 % direkt nach Holland, von wo aus sie in die BRD weitertransportiert werden. Shell ist übrigens einer der größten Kohleexporteure aus Südafrika.
Wir haben diese beiden Themen hinzugefügt, weil es für den Widerstand in Südafrika im Moment wichtige Forderungen sind. Wir erhoffen uns davon auch, mehr



noch als im Frühjahr, den Druck auf die Regierung zu vergrößern. Obwohl seit einigen Monaten die Sozialdemokraten an der Regierung sind, scheint sich wenig in den Beziehungen zu Südafrika zu ändern: schon Jahre passiert nichts, und das bleibt erst einmal so. Nach hoffentlich einer ganzen Reihe regionaler Aktionen soll am 28.4.90 der erste Höhepunkt mit einem nationalen Shell-Tankstellen-Tag erreicht werden, und es kann natürlich auch ein internationaler Tag werden, warum

nicht? Bei den Tankstellenaktionen denken wir in erster Linie an vielerlei Arten, die Tankstellen zu blockieren, z.B., das ganze ein paar Stunden lang absperren, so daß die KundInnen nicht bedient werden können. Die Blockaden können begleitet werden durch große Schilder, eine Super-Picket-Line über der Einfahrt, so daß die Tankstelle faktisch blockiert ist. Wir könnten Orchester einladen, die gerade auf der Ein- und Ausfahrt ihr Konzert veranstalten. Eine andere gute Idee war, gerade an dieser Stelle ein Drive-In-Movie aufzubauen: wir parken dann unsere eigenen Autos davor und gucken uns die Filme und Videos über Südafrika an. Mann und Frau könnten natürlich auch auf die Tankstelle fahren, die Autos parken und den Reifendruck kontrollieren. Das dauert dann halt ein wenig länger als sonst, und so könnte mann und frau den Anfang einer Blockade forcieren. Wir haben uns vorgenommen, möglichst viele politische und gesellschaftliche Gruppen, die sich hinter die Forderung "Shell raus aus Südafrika" stellen, einzuladen und aufzufordern, sich an der Aktion zu beteiligen.
Das zweite Datum, das in Holland wichtig sein wird, ist der 16.6.90. An diesem Tag brach 1976 der SchülerInnenaufstand in Soweto aus, und genau an diesem Tag feiert Shell sein hundertjähriges Bestehen. Der 16.6. ist in Holland seit Jahren ein wichtiger Tag für den Anti-Apartheid-Kampf. Es gab oft größere und kleinere Demonstrationen. Das Schläucheschneiden erreichte einen Höhepunkt. Das Jahrhundertfest von Shell, genau an diesem Tag, ist selbstverständlich eine wunderbare Herausforderung. Shells Pläne für diesen Tag sind bisher noch nicht bekannt, aber es steht fest, daß es ein spannender Tag wird.

Wir sind eine Gruppe aus Den Haag, die seit einigen Jahren gegen Shell kämpft. In Den Haag haben wir der Shell-Kampagne Vorrang gegeben, weil dieser zweitgrößte Konzern der Welt viele Möglichkeiten bietet, mit verschiedenen Leuten und Gruppen zusammenzukämpfen. Shell ist nicht nur einer der wichtigsten Unterstützer der südafrikanischen Apartheit, sondern betreibt dieses tötliche Ausbeutungspolitik überall, wo sie tätig sind. Und das ist in fast allen Ländern der Welt der Fall.
Wie ihr vielleicht wißt, ist Den Haag der holländische Regierungssitz. Deshalb haben auch die wichtigsten Geschäftsführer aus der Wirtschaft in Den Haag ihren Geschäftssitz. Hier steht auch die Konzernzentrale von Shell. Und weil die Macht gerne ein bißchen zusammenhockt, steht in direkter Nähe dieses riesigen Gebäudes noch eine Festung: die südafrikanische Botschaft.
In Holland gibt es schon seit Jahren Aktionen gegen die Apartheid und mehrere Gemeindevertretungen haben ihre Stadt zur offiziellen Anti-Apartheids-Stadt ausgerufen. Viele Gruppen, die seit langem gegen die Apartheid aktiv sind, arbeiten mit dem sozialdemokratischen Stadtrat zusammen. Auf Demonstrationen ist es deshalb auch selbstverständlich, daß Gemeinderatsmitglieder sprechen dürfen. Die verschiedenen Komitees haben die Ausrufung Den Haags zur Anti-Apartheids-Stadt wie einen Sieg gefeiert. Außer einigen Transparenten in der Stadt und ab und zu ein Redner auf einer Demonstration hat Den Haag tatsächlich aber nichts gegen die Apartheid unternommen.
Auf den Neujahrsempfängen ist der südafrikanische Botschafter herzlich willkommen und die Botschaft wird von der holländischen Polizei beschützt. Und auch auf Shell hat es keine Auswirkung, obwohl es schon seit Jahren in der ganzen Welt eine Kampagne gegen den Konzern gibt.
Es wäre logisch, wenn die Stadt die Verträge zwischen den kommunalen Dienststellen und Shell kündigen würde. So fahren die Stadtreinigung, die Polizei, die städtischen Straßenbahnen und das Gartenbauamt mit Shell-Benzin. Doch daß dies nicht beabsichtigt wird, zeigte sich letztes Jahr, als der Vertrag des kommunalen Busunternehmens mit Shell um fünf Jahre verlängert wurde.
Wir haben diese Verträge zum wichtigsten Aktionsthema gemacht, um die Verbindungen zwischen dem Staat und der Industrie zu verdeutlichen. Auch um die Anti-Apartheid-Komitees zu zwingen, ihren Standpunkt zur sozialdemokratischen Politik zu formulieren. Wir glauben, daß es in Den Haag möglich ist, Shell zu besiegen, da die Stadt kaum Argumente hat, die Verträge bestehenzulassen. Für Shell ist es sicherlich eine große Niederlage, wenn sie in der Stadt nicht mehr willkommen sind, in der ihre Konzernzentrale steht.
Es hat deshalb viele Aktionen zu den Verträgen mit Shell gegeben. Im Juli 88 wurden zwei Shell-Tankstellen angegriffen, die Eigentum des kommunalen Busunternehmens und der Stadtreinigung sind. Zusammen mit der Erklärung zur Heuchelei der Gemeinde wurden dem Stadtrat die abgeschnittenen Zapfschläuche geschickt. Eine Folge dieser Aktion war eine heftige Debatte im Rat der Stadt und wie immer haben die Politiker -ähnlich wie hier SPD und Al- schöne Worte für den Anti-Apartheids-Kampf in Südafrika gefunden. Nur Worte, denn zwei Wochen später wurden die Verträge um fünf Jahre verlängert.
Es folgen mehrere Aktionen. Das Info-Büro des kommunalen Busunternehmens wird besetzt und durch Flugblätter wird das Publikum informiert, daß die Gemeinde durch die Verträge 22 Mio. Gulden an Shell bezahlt. In einer Nacht wurden alle Wachhäuschen der Busse und Straßenbahnen mit Plakaten beklebt. Die Plakate besagten, daß sich die Busfahrer entschlossen hätten, einen Streik aus Protest gegen die Verträge mit Shell zu machen. Die Zeitungen haben dies ernst genommen und sehr ausführlich darüber berichtet, mit dem Kommentar, daß sich nicht viele am Streik beteiligt hätten.
Um das Image der Gemeinde wieder aufzubessern, wurde eine Fotoausstellung über

den Widerstand in Südafrika im Rathaus organisiert. Neben der Presse wurde auch ein bekannter Chor eingeladen, der Streiklieder aus Südafrika vortragen sollte. Aber es gelang der Gemeinde wieder nicht, sich als Anti-Apartheids-Stadt zu profilieren, da die Mitglieder des Chors auf Plakaten die Beendigung der Verträge mit Shell forderte. Eine andere Gruppe hat die Ausstellung mit Protestaufklebern interessanter gemacht. Es gab viele Diskussionen mit den Gästen und der Presse.

Außerdem gab es immerwieder Sabotegeaktionen gegen Tankstellen, Plakate und Informationsabende über verschiedene Themen, die mit Shell zusammenhängen.

Durch die vielen Aktionen ist die Meinung weit verbreitet, daß Shell aus Südafrika verschwinden soll. In Holland kann niemand mehr behaupten, er wüßte nichts von Shells Kollaboration mit dem Apartheidsregime.Auch wenn sich Shell sofort aus Südafrika zurückziehen würde, bleibt das schlechte Image des Konzerns. Wir denken, daß sich der Schaden für Shell noch vergrößern Läßt, wenn wir auch noch die anderen Ausbeutungsaktivitäten z.B in Lateinamerika oder die Umweltverschmutzung in die Kampagne einbeziehen.

Dies Vorgehen hat zwei Vorteile. Zum einen läßt sich die Verzettelung der Aktionsbewegung aufheben. So gibt es allein in einer mittelgroßen Stadt wie Den Haag zehn Ländersolidaritätskomitees. Die Umweltschutzgruppen können gegen Shell als Umweltverschmutzer vorgehen, die Wohnkomitees gegen hohe Heizungskosten und die Anti-Apartheids-Bewegung ruft zum Shell-Boykott auf. Jede Gruppe weiß, wie sie Leute mobilisieren kann und sollte sich bei ihren Aktionen auf Shell beziehen. Wenn wir einen der größten Konzerne der Welt besiegen wollen, müssen wir alle Kräfte zusammenbringen. Außerdem ist es leichter, wenn sich Shell wegen Südafrika verteidigen muß, den Konzern auch an anderen Punkten anzugreifen. Ein gutes Beispiel dafür ist Shells Beschäftigung mit der Biotechnologie. Erst die Aktionen gegen Shell-Biotechnologie haben die Leute darauf hingewiesen, daß Shells Saatgutproduktion die Selbständigkeit von Bauern und Bäuerinnen in der sog. Dritten Welt gefährdet. Shell hat bisher nicht versucht, sich deshalb zu verteidigen.

Zum anderen sehen wir die Chance, bisher nicht beteiligte Gruppen in die Kampagne einzubeziehen. Mit dem Aufruf "Shell raus aus Südafrika"konnten wir keine zusätzlichen Leute mehr mobilisieren. Wir haben uns die Frage gestellt, warum sich ausländische Gruppen nicht mit der Kampagne identifizierten und warum sich keine Mittelamerika-Gruppen beteiligten. Offensichtlich hat es für sie keine Ansatzpunkte gegeben. Wir wollen die Kampagne auch für diese Gruppen interessant machen. Es gibt viele Möglichkeiten. Warum keinen Infoabend mit dem Thema "Shell und die faschistische Diktatur in der Türkei" organisieren, denn die Ölvorkommen in Kurdistan sind sehr groß. Und warum nicht einen Abend mit dem Thema "Apartheid in Holland" organisieren? Viele ausländische Gruppen kritisieren, daß Südafrika weit weg liegt und die Menschen nicht sehen wollen, daß AusländerInnen unter ähnlichen Bedingungen wie in Südafrika leben müssen. Z.B. sind viele tunesiche und maokanische ArbeiterInnen illegal in den Niederlanden, müssen in schlechten Häusern wohnen und werden von der Polizei gehetzt. Einmal im Jahr fahren sie in ihre Heimat, um ihre Familien zu sehen. Die Apartheid ist vor allen Dingen ein ökonomisches System, das es auch in westlichen Städten gibt.

Wir denken, daß wir durch solche Diskussionen mit anderen Gruppen den Druck auf Shell verstärken können. Wir sind jetzt damit beschäftigt, an andere Gruppen heranzutreten, um so eine Plattform mit den Themen "Shell und Ausbeutung", "Shell und Apartheid" und "Shells Aktivitäten in anderen Ländern" zu bilden. Bis jetzt sind die Reaktionen sehr positiv. Alle hatten das Gefühl, wir sollten die unterschiedlichen Positionen kennenlernen und mehr zusammenkämpfen.

Delft trotzt dem Ölriesen Shell wegen Südafrika

Generaldirektor darf seinen Abschied nicht im historischen Prinsenhof feiern

DEN HAAG, 3. Januar. Die Gemeindeverwaltung des malerischen Städtchens Delft hat sich die Wut des mächtigen Shell-Erdölkonzerns auf den Hals geladen, weil sie sich weigert, die Räumlichkeiten des historischen Museums Prinsenhof für ein Abschiedsfest zu Ehren des Generaldirektors Hooykaas zur Verfügung zu stellen, der aus Altersgründen von der Leitung des Konzerns zurücktritt. Der Gemeinderat von Delft hat beschlossen, im Rahmen der gegen das südafrikanische Regime gerichteten Anti-Apartheid-Politik keine Unterstützungsgelder von Betrieben zu akzeptieren, die Wirtschaftsbeziehungen mit Südafrika pflegen. Zu diesen Unternehmen gehört ausdrücklich auch der Shell-Konzern. Die Gemeinde Delft hat sich mit ihrer Entscheidung der Haltung von Den Haag, Amsterdam, Rotterdam und Utrecht sowie weiterer 13 niederländischer Gemeinden angeschlossen, die in ihren Bereichen auch keine südafrikanischen Erzeugnisse abnehmen wollen.

Für die Miete von Sälen im Prinsenhof müssen Interessenten einen hohen Preis bezahlen, der an die 10 000 Mark pro Abend geht. Sie werden dann als Sponsoren betrachtet. Der Shell-Konzern war bereit, diese Summe auf den Tisch zu legen, um im Prinsenhof ein vornehmes Abschiedsessen mit Beteiligung des Direktoriums und einem Dutzend Mitarbeiter und Freunden des scheidenden Generaldirektors zu organisieren.

Die Stadt Delft vermietet den Prinsenhof an wohlbekannte Institute oder Unternehmen, aber sie will nichts mit Betrieben wie Shell zu tun haben, die wirtschaftliche Bindungen zu Südafrika unterhalten. Dies würde, so heißt es, gegen einen Grundsatz der Gemeinde Delft verstoßen, die sich zu einer Anti-Apartheids-politik entschlossen habe. So wurde Shell mitgeteilt, das Abschiedsfest im Prinsenhof könne nicht stattfinden.

Shell betrachtet diese Absage als eine unerhörte Beleidigung nicht nur ihres Spitzenfunktionärs Hooykaas persönlich, sondern auch aller 16 000 Arbeitnehmer bei Shell-Niederlande. Der Sprecher des Konzerns, Peter Stroink, erklärte voller Empörung, die Gemeindeverwaltung von Delft mache sich in diesem Falle ausgesprochener Diskriminierung schuldig und überschreite alle Grenzen des Zulässigen. Es gehe nicht an, daß eine niederländische Gemeindeverwaltung in die Außenpolitik des Landes eingreifen.

Die Verbundenheit des Shell-Konzerns mit der Wirtschaft Südafrika stößt auch in anderen Kreisen auf Ablehnung. Zum Protest werden immer wieder Schläuche bei Shell-Tankstellen in verschiedenen Orten heimlich durchgeschnitten.

LeserInnenbrief (der 2.) zur CAFE-BAR (SIEHE INTERIM NR. 84)

(alle Zitate aus dem Flugi)

"Ohne Kontinität im eigenen Handeln sind unsere Forderungen nicht glaubwürdig,"sagt ihr.

Einerseits redet ihr von Leuten,die sich meist selbst als links entfinden,aber die sind ja nur"subkultureller Mittelstand"und gefährden mit ihrer"undurchdachten Konsumhaltung" unsere!(ich dachte Eigentum ist Diebstahl) Viertel.Die muß man/n erziehen,am besten durch Prügel,das wußte mein Alter auch schon,nichts fördert die Einsicht mehr bei der ERziehung.

"Diese Art von diffamierender und brutaler Kritik darf nicht die Normalform für unsere Auseinandersetzung sein!"Schön gesagt,hätte ich gar nicht besser formulieren können.Bloß bezog sich diese wunderbare Selbstkritik gar nicht auf eure grandiosen Aktion,nein viel schlimmer,diese subkulturellen Mittelständler veranstalten kein reformistisches,integratives, den Widerstand spaltenes Peacegesabber àla Kiezpalaver,nein,nein, sondern besitzen die Frechheit uns unsere Revolutionären Kampfformen zu klauen.Gemein,gemein!Aber anstelle aufs schärfte diese allgemeine Verbreitung unsere(sehr wichtig) Kampfformen zu ~~klauen~~ begrüßen,nun diese Eingangs zitierte dämliche Distanzierung.Ich bin enttäuscht,das hätte ich eher von sogenannten "ref.,int.,d.W.sp!,Schweinevereinigungen wie Verein SO 36 erwartet.

Und dann dieser Satz:"und wenn sich die Frau vom Tresen verletzt hat,dann allerhöchstens beim Scherbenaufheben."Weil Frauen zu doof sind Scherben aufzulesen oder was?"Auch die Macho-Sprache der Interim Erklärung zielt darauf ab Leuten Angst zu machen."Und ihr unterschreibt"Gegen Macker"!Und eure Aktion,während Leute in der Kneipe sind,sollte natürlich keine Angst machen,oder was?Wer hat schon Angst,außer so'n paar "subkulturelle Mittelständler",wenn ihnen die Scheiben eingeknallt werden.Ja,Macker sind immer die anderen.Über diesen Widerspruch solltet ihr vielleicht mal in eurem Männerverein diskutieren,auch wenn ihr reden über Angst und Angstmachen als Psychoscheiße entfindet.

~~Und~~ Tja,und dann noch der Vergleich der Cafe-Bar mit einem "Minenhund"der bei der gastronomischen Erschließung eingesetzt wird,mußte ich doch gleich an Papa's Kriegserinnerungen (Stalingrad und so) denken.Gelle,Krieg spielen wir doch alle gerne.

Überhaupt,eure Vorstellung von Umstrucktuierung finde ich faszienierend. Da hocken denn so'n paar Kapitalistenschweine, Senatsschweine,Bezirksschweine,Schweine-Schweine,Stern- und Stattbauschweine zusammen,vor sich einen Plan von So 36, und planen und planen,umstrukturieren und umstrukturieren, um uns hier endlich zu vertreiben.Bräuchten wir ja nur noch zu wissen wo sich diese kriminelle Vereinigung trfft,Bombe rein und wir haben gesiegt.Nie wieder Umstrukturierung,nie wieder Veränderung,alles bleibt wie es immer war,keine Experimente,wär das schön.

Mal ernsthaft,gerade die Ausbreitung von immer mehr Spielhallen,Sexshpps und Kneipen zeigt doch die geradezu"anarchistische"Verdrängung alter(was ein sehr relativer Begriff ist) Kiezstrukturen(als wenn die vorher nicht auch kapitalistisch waren) durch das kapitalistische System.Jedenfalls keine wie auch immer geartete Gesamt-Planung durch die Schweine.Gerade diese fehlende Gesamtplanung ,der die "freiheit"des Geldes entgegensteht,macht diese Scheiße erst möglich.Auch deshalb ist das Quark mit der "Minenhund"-Funktion.

Also,bevor ihr jetzt das Spreewaldbad abfackelt,weil das ja auch mit der Wohnumfeldverbesserung zu tun hat,sage ich euch, mir reicht das Elend hier schon genug,da brauche ich keine pseudorevolutienären Spießer,die meinen das Elend noch vergrößern zu müssen(was das Schweinesystem nicht schafft,schaffen wir),damit das Volk endlich Revolution macht.Fragt sich dann nur gegen wen.

Vom EA: linke Anwälte verteidigen Vergewaltiger

Dies ist eine kurze Antwort auf den Artikel aus der Interim Nr.82 vom 7.Dez.89
Immer das Patriachat bekämpfen,oder...., oder...
Ansonsten ist es so, daß wir am Thema weiterhin diskutieren.

In Kenntnis aller politisch/sozial/patriarchalen Neben-und Hauptwidersprüche, in denen wir uns selbstbewußt bewegen, präsentieren wir unseren progressiven Alltag, heute: Wie verhalten wir uns zu Vergwaltiger-AnwältInnen?

Vorab ein paar Sätze zu der im EA vor 2 Jahren geführten Diskussion für/gegen Boykott der umstrittenen AnwältInnen:
Sie war lang, zäh, emotionsgeladen, tränenreich, zynisch und ungenau. Eine einheitliche Umgehensweise des EAs konnte nicht gefunden werden, d.h., beide Positionen (für bzw. gegen Boykott) standen sich unversöhnlich gegenüber. Dazwischen wurden auch annähernde Standpunkte vertreten. Zu dem Zeitpunkt gab es keine Chance des "Ausdskutierens" oder "Klarkriegens". Die Gruppe wäre fast daran zuerbrochen, wobei anzumerken ist, daß letzlich keine/R gegangen ist.

Beibehalten wurde daher der schon existierende Status-Quo: Auf unserer AnwältInnenliste, die wir bei Bedarf den Leuten zeigen, sind jene AnwältInnen, von denen uns bekannt ist, daß sie Vergewaltiger verteidigt haben, markiert. Entsprechend der jeweiligen individuellen Position werden AnwältInnen von uns empfohlen. Somit kann es durchaus passieren, daß Namen von AnwältInnen von einigen EA-Mitgliedern genannt werden, jedoch bei anderen von uns gar keine Erwähnung finden. Konsens ist auf jeden Fall bei allen, daß die Tatsache thematisiert wird.

Was die sowieso höchst selten vorkommenden AnwältInnentreffen angeht, war es zum IWF, von einigen von uns sicherlich zähneknirschend, zugelassen worden, daß unseres Wissen zumindest zwei der umstrittenen Personen anwesend waren. Einer derjenigen hatte durch eine Art Selbstbezichtigung uns von seiner Verteidigung unterrichtet, bei dem anderen Anwalt war bereits bekannt, daß er einer entsprechenden Mandatsübernahme unter bestimmten Voraussetzungen (Geständigkeit des Täters) nicht abweisend gegenüberstünde.
Seit dem Hat es kein größeres AnwältInnentreffen mehr gegeben. Die Zusammenarbeit mit AnwältInnen generell ist eh sehr dürftig, sodaß es an der Frage kaum zu Reibungspunkten gekommen ist.

Konsens des EAs ist , daß die Infrastruktur zu jenen AnwältInnen aufrechterhalten bleibt. D.h. wir werden weiterhin an sie Zeugen vermitteln und Kosten übernehmen, da wir sonst die Betroffenen/Beschuldigten entsprechend ihrer AnwÄLTInnenwahl sanktionieren würden.

EA

KIEZDEMONACHBEREITUNG

Als Teilnehmer der Vorbereitungsgruppe möchte ich hier noch ein paar Worte sagen zur Vorbereitung, der Kritik daran und zum Ablauf der Demo selbst. Vielleicht wird dadurch das Eine oder Andere klarer und eher kritisierbar, so daß es beim nächsten mal anders läuft (vorausgesetzt, daß es jetzt, vier Wochen später, ncit schon zu weit weg ist). Vieles hätte besser laufen sollen; daß die Demo überhaupt stattfand, war richtig und wichtig. Im Moment stehen eine ganze Masse von Veränderungen, Möglichkeiten oder Bedrohungen an; es wäre fatal, sich da zu verkriechen.

ZUR VORBEREITUNG & MOBILISIERUNG:
Die war problematisch. Es gab verschiedene Gruppen, die unabhängig voneinander die Idee einer Kiezdemo hatten und zu einem ziemlich späten Zeitpunkt zusammenkamen. Spät deshalb, weil bei dem gesetzten Termin, also bis zum 16. 12., kaum noch Zeit blieb, weitere Gruppen anzusprechen und Inhalte und politische Bestimmung gemeinsam zu entwickeln. Die Diskussionen liefen eher auf einen Minimalkonsens und Klärung der Technics heraus. Das Diskussionsklima war angespannt. Insofern war die verunglückte VV nur Abbild und Konsequenz der Vorbereitung, mit einer Einschränkung: Es wurde nicht vermittelt, warum sich die Vorbereitungsgruppe eben nicht intern die Köpfe einschlägt, sonden über gewisse Differenzen hinweg trotzdem die Demo vorbereitet. Dieses 'trotzdem' war nötig: Es ist immer noch besser, auf Grund eines szene-pluralistischen Minimalkonsens handlungsfähig zu sein, als überhaupt nicht. Trotzdem, eine gute Demovorbereitung sieht anders aus. Die Kritik, die wir uns reinziehen müssen, ist, daß wir die Möglichkeiten zu einer breiteren Diskussion über Inhalte, Bestimmung und Form einer Kiezdemo zu wenig eröffnet bzw. selber genutzt zu haben. Ein Beispiel wäre halt die VV, die erstens recht spät angesetzt und zweitens fürchterlich, weil zu wenig vorbereitet, war. Auch diejenigen von uns, die über Sinn und Möglichkeiten einer autonomen VV eh' skeptisch waren, müssen sich fragen, an welchen Punkten und zu welchem Zeitpunkt sie eine Diskussion, die über Parolen hinausgeht, hätten breiter machen können. Ich hätte mir das jedenfalls gewünscht, um über einen Minimalkonsens, mit dem mensch sich dann irgendwie auf der Straße verhält, hinauszukommen. Es stehen ziemlich viele Fragen im Raum, was Vorgehen und Strategien im Stadtteil betrifft und dann sind jawohl Diskussionsmöglichkeiten wichtig.

DIE DIFFERENZEN:
wurden vielleicht bei den Plakaten sichtbar, vielleicht aber auch nicht. Den einen mag eher beim guten, alten Kommunismus warm ums Herz werden, den anderen bei der Anarchie; besonders viel klar wird dadurch allerdings nicht. Verschiedene Ansätze und verschiedene Herangehensweisen

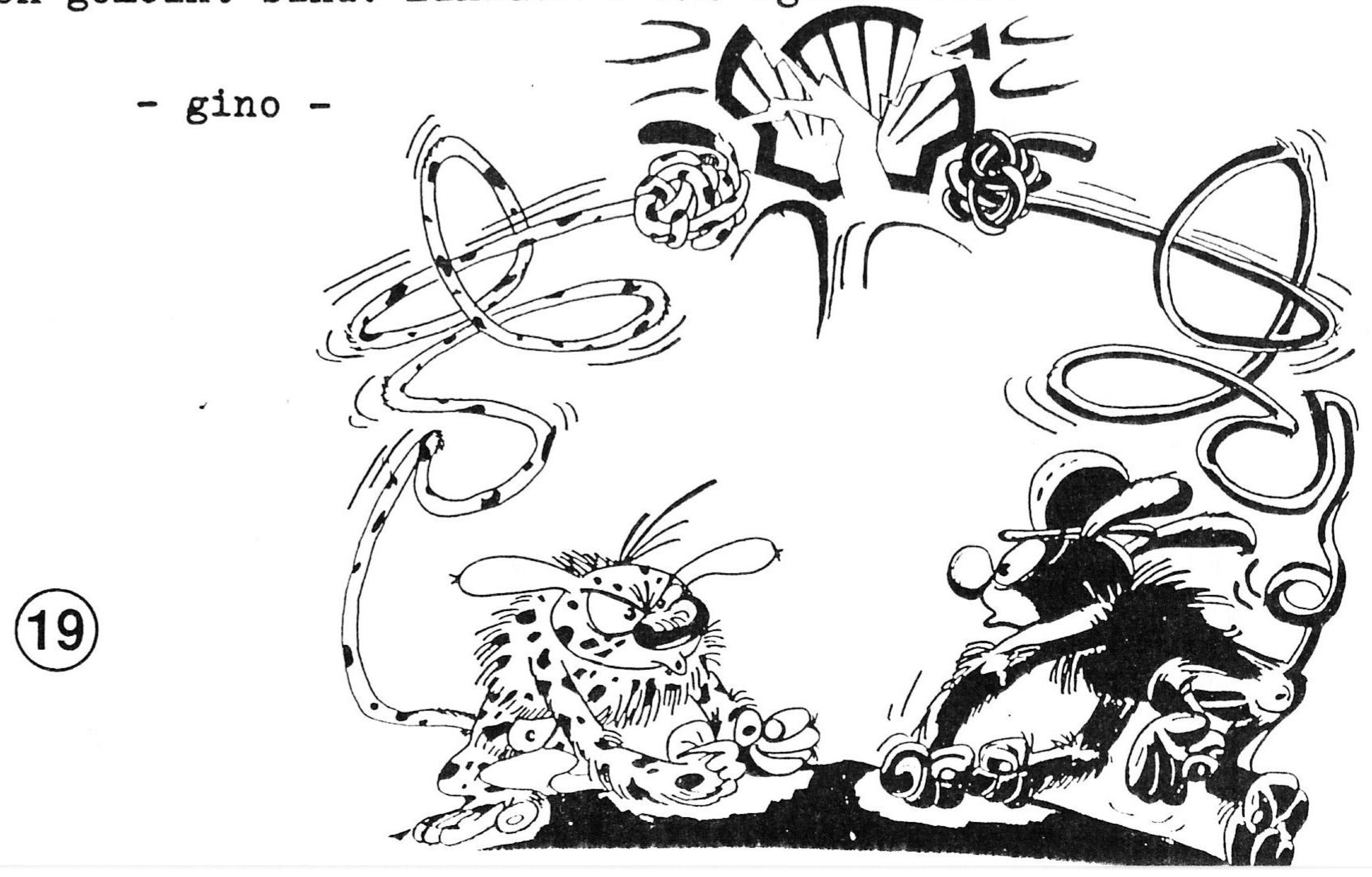
mit fast schon religiösen Formeln darzustellen, führt eher mal zu Glaubenskriegen, als zu einer Klärung und zu einem Zusammenkommen. Die einen wollen halt die proletarische Massenbewegung aufbauen und fühlen sich dabei offensichtlich ganz sicher, die anderen haben wenig Lust, mit einem so nicht zu klärendem Klassenbegriff vorhandene Schwierigkeiten und Brüche zuzukleistern. Das alles stößt im Rahmen der Kiezdemo ziemlich unvermittelt aufeinander. Es ist ziemlich normal und wohl auch notwendig, daß verschiedene Ansätze nebeneinander bestehen; es stellt sich nur die Frage, ob und wie wir mit diesen Unterschieden umgehen wollen.
Was dann auch aufeinanderstößt, sind verschiedene Ansprüche an so eine Demo: Soll sie eher Entschlossenheit und Stärke demonstrieren oder soll sie eher mal agitatorischen Charakter haben, also in erster Linie Inhalte nach außen tragen? Das muß sich nicht unbedingt ausschließen, kann aber: Wenn wir als Blockdemo durchs eigene Wohngebiet ziehen, lädt das nicht unbedingt ein zum einreihen und mitdemonstrieren und bringt wohl auch weniger an Inhalten nach außen rüber. In den Wohngebieten fände ich bei solchen Demos einen möglichst offenen Charakter wichtig (auf dem Kuhdamm stellt sich die Frage anders). Das war auch Thema in der Vorbereitung; zu einer glasklaren Entscheidung oder einer Empfehlung, wie wir die Demo gerne sähen, kamen wir nicht. Das auch, weil der Charakter der Demo nicht nur von uns bestimmt wird. Am 16. 12. haben zum Beispiel die Bullen kräftig mitbestimmt; mit fröhlich und offen ging es da nicht mehr.

DIE DEMO: Immerhin gingen dann ein paar tausend Leute auf die Straße; wir hatten zwischendurch mal 2500 Leute gezählt, die Bullen 3000 und vielleicht waren es ja auch ein paar mehr, bis Naunynstraße. Es war zum großen Teil eine Szene-Demo; allerdings waren auch viele ausländische GenossInnen da, die für ihre Belange auf die Straße gingen. Ein paar mehr Transparente, neue Parolen (gähn) und Flugblätter hätten nicht geschadet, um Aussagen nach außen zu tragen. Schließlich richtet sich eine Kiezdemo an die BewohnerInnen und nicht an uns selber oder an die Bullen.
Die Demo änderte dann in ihrem Verlauf ihren Charakter, wegen des Vorgehens der Bullen. Die Route mußte geändert werden, weil sonst die Gefahr zu groß geworden wäre, aufgemischt zu werden ohne sich groß wehren zu können. Bei dem Vorgehen der Bullen ging es nicht um irgendwelche Anlässe, auf die sie dann reagiert hätten, sondern sie waren von Anfang an auf Konfrontation und Einschüchterung aus, auf eine Demonstration der Staatsmacht in einem psychologisch nicht unwichtigen Moment. Ich denke, es wurde präventiv geknüppelt und damit sollen dann wohl Zeichen gesetzt werden, was wir uns in Zukunft erlauben können und was nicht (das wird von uns abhängen). Jedenfalls wurde das Ganze etwa ab Lauseplatz zu einer Anti-Bullendemo.

So ein Vorgehen zielt immer darauf ab, uns von anderen Teilen der Bevölkerung zu isolieren (mal abgesehen davon, daß die gesellschaftliche Breite der Demo eh' zu wünschen übrig ließ). Ich vermute mal, daß wir uns in Zukunft öfters mit einem derartigen Bullenvorgehen herumschlagen werden müssen. Dieses mal ist es ihnen gelungen, die Demo aufs Militärische zu reduzieren; darum war es für mich nicht der politische Sieg. Was bleibt ist zum Einen, daß sie für ihr Vorgehen auch die Quittung kriegen müssen (und das vielleicht mal nicht durch eine berechenbare Kiezrandale, auf die sie in der Situation vorbereitet waren). Zum Anderen muß aus dieser Erfahrung heraus ein Demokonzept intensiver besprochen werden; ich hatten den Eindruck, daß wir nur sehr unflexibel und damit defensiv reagieren konnten. Die Nachbereitung der Demo ist die Vorbereitung der nächsten.

WAS FEHLTE NOCH?
Väterchen Stalin, und das war auch gut so. Die Durchsage am Anfang der Demo war recht maßvoll gehalten, auch aus der Befürchtung heraus, daß es zu einer größeren Schlägerei kommen könnte, was dann nicht passiert ist. Das Thema wird logischerweise ziemlich emotional diskutiert, zum Beispiel weil wir mit unseren politischen Inhalten und Ansprüchen in der UdSSR der 30er Jahre von der Bildfläche verschwunden wären. Das galt damals auch und gerade für KommunistInnen, für andere Linien sowieso. Ich glaube auch nicht, daß es für eine solche Auseinandersetzung "gute" oder "schlechte" Augenblicke gibt, das kann sich niemand aussuchen. Wenn die Auseinandersetzung hitzig geführt wird, kann das gefährlich und auch selbstgerecht werden; andererseits ist es dann auch Ausdruck dafür, daß eine Auseinandersetzung (zu der auch die Frage gehört, wieso es in der revolutionären SU überhaupt so kommen konnte) längst überfällig ist: Auf den Müllhaufen gehört nicht die Geschichte selber, sondern das, was sie pervertiert hat. Symbole, wie zum Beispiel die Stalinfahne sind dabei gar nicht so unwichtig, zumal, wenn sie als Provokation gemeint sind. Einfach nicht ignorieren.

- gino -




AB 15.1.90 MEHRERE WOHNUNGEN RÄUMUNGSBEDROHT!

ZUR SITUATION IN DER REICHENBERGER 114

Wieder mal und immer noch wird hier im Kiez mit Wohnraum spekuliert.
In der Reichenbergerstraße 114 sieht das so aus, daß einige BewohnerInnen akut von Räumungen bedroht sind.
Unsere Situation ist die, daß am Haus seit Jahren nichts gemacht wurde und alles langsam vor sich hingammelt. Es existieren nur noch ganz wenige feste Mietverträge, 8 Wohnungen sind besetzt, 7 haben Nutzungsverträge, mindestens 6 Wohnungen haben nur Zeitmietverträge und einige Hauptmietverträge sind auch schon wieder gekündigt worden.
Das heißt, der Hausbesitzer, Weber, versucht seit langen, das Haus leerzukriegen. Schon vorher hat das Haus mehrfach die Besitzer gewechselt. Keiner hat am Haus was gemacht. Das heißt:feuchte Wände, zugefrorene Außenklo's im Winter, undichte Fenster, kaputte Öfen und Wasserleitungen usw.
Es hat hier schon ein paar mal gebrannt, es gab Wasserrohrbrüche und der Keller stand unter Wasser.
Die Schäden, die dabei entstehen, werden nicht repariert.
Bei den Verhältnissen ist klar daß jedeR auszieht, die irgendeine andere Wohnmöglichkeit findet. Dazu winkt auch noch eine Auszugsprämie.
Das kennen wir ja schon von zahlreichen anderen Spekulationsobjekten - MieterInnen werden rausgeekelt, das Haus verrottet langsam, bis es vielleicht gar nicht mehr instandzusetzen ist.
Und ein leeres Haus ohne störende BewohnerInnen läßt sicht besser verkaufen. Webers einzige Interesse am Haus ist, Geld damit zu machen.

Vor 2 Jahren hat er, Weber, einen "Ordnungsmaßnahmenvertrag" abgeschlossen. Das ist ein Vertrag zwischen "sanierungswilligem" Hausbesitzer und Bezirksamt (BZA) der vorsieht, daß keine Wohnung neu vermietet werden darf und die Miete für leerstehende Wohnungen vom BZA bezahlt wird. Das heißt, der Senat bezahlt den Leerstand.
Es soll dabei um "Vorbereitungsmaßnahmen" für Modernisierung und Instandsetzung mit öffentlichen Mitteln gehen (wobei der Hausbesitzer dann 85% der Kosten vom Senat kriegt.)
Dann sollten Pläne für ein Sanierungskonzept erstellt werden, wobei die "Interessen der BewohnerInnen berücksichtigt werden sollten."
Bezeichenderweise hat Weber so gut wie kein Interesse an den Plänen gezeigt. Hausbesitzermasche: die MieterInnen sind Schuld!



Mit dem, was uns vom Mieterladen etc. vermittelt wurde, entstand für uns die Eindruck, daß der Sanierung des Hauses eigentlich nichts mehr im Wege steht, wenn wir soweit Kompromisse eingehen in unseren Vorstellungen wie wir wohnen wollen, daß das Konzept in die Richtlinien für öffentliche Sanierung paßt.
Unter dem Druck, daß Weber das Haus an einen anderen Privatspekulanten oder Immobilienhaie verkaufen würde, wenn wir uns nicht auf so ein Konzept einigen können und dann alle auf der Straße sitzen würden, die keinen regulären Mietvertrag haben, sind wir auf Verhandlungen eingestiegen mit Mieterladen SO36, STERN und dem Bezirksamt.
Immer waren wir diejenigen, die dabei Zugeständnisse in unseren Forderungen - die da waren: Instandsetzung des Hauses + Mietverträge für alle - machen sollten.
Herausgekommen ist dann ein Mischkonzept von Instandsetzung + Modernisierung und Mietvorverträge.

Die Rolle von Mieterladen, STERN und Bezirksamtvertretern war immer die: "macht ihr BewohnerInnen was, kümmert euch um alles, und wir helfen euch dabei."
Zum 30 Juli '89 wurden plötzlich Miet/Nutzungsverträge im Haus von Weber gekündigt. Unter Druck der akuten Räumungsgefahr haben wir nochmal eine Menge Energie in die Verhandlungen gesteckt und noch einige unserer Vorstellungen aufgegeben, um diese Pläne doch noch fertig zu kriegen.
Schließlich wollte Weber - scheinbar - die Mietvorverträge unterschreiben mit ALLEN BewohnerInnen des Hauses.
Dabei sind wir total verarscht worden: wir sollten die Verträge unterschreiben und dann würden sie Weber zum egenzeichnen geschickt.
Der jedoch hat nie unterschrieben und hat dafür aber die Na men sämtlicher BewohnerInnen, auch der besetzten Wohnungen. Zwei Monate später ist klar, daß Weber gar nicht daran denkt, Mietverträge zu unterschreiben, sondern das Haus verkaufen will, was er vorher immer geleugnet hat.
- Was die vom Mieterladen uns nicht gesagt haben ist, daß in dem Or dnungsmaßnahmenvertrag für den Hausbesitzer keine Bindung besteht das Haus dann auch tatsächlich instandzusetzen. Dieser Ordnungsmaßnahmenvertrag läuft am 15 Januar '90 aus.
Und total aufgeregt haben wir uns, als erst jetzt klar wurde, daß der Senat Weber zwei Jahre lang den Leerstand bezahlt und Weber das ganze Geld (ca. 50.000 Mark) einfach behalten kann, auch wenn er nicht eine müde Mark in das Haus gesteckt hat und das Haus wieder verkaufen will (sehr Vermieterfreundlich, der schöne Vertrag)!
Da die Grundstückpreise sowieso immer steigen, macht er natürlich einen prima Gewinn damit. Naja, und seit die Mauer offen ist und SO36 nicht mehr am Arsch der Welt ist, gibts plötzlich ungeheure Spekulationsmöglichkeiten - die Mieten + Grundstückspreise klettern in ungeheure Höhen.

Kurz zur Erklärung:
Weber hat das Haus für 1,5 Mio DM gekauft. Seit längerer Zeit hat er vor zu verkaufen. Das Haus ist bei dem Makler -

- Alexander Lohmüller Immobilienhaie
  Muthesiusstr. 3 tel. 7913044/7913045 -
  1000 Berlin 41

für 2,2 Mio DM zum Verkauf ausgeschrieben. Das scheint immer noch ziemlich billig zu sein, denn die Käufer rennen   ihm die Bude ein.
Das letzte Angebot für's Haus war von Immobilien May, die die 2,2 Mio akzeptierten. Aber Weber ließ sich darauf nicht ein!

WEBER - WIR HABEN IHN ZUM KOTZEN SATT
DAS HAUS VERFÄLLT + ER SAHNT AB!

da rennt der Spekulant!!

Daraus schließen wir, daß er zum Einen warten will bis der Ordnungsmaßnahmenvertrag mit dem Senat ausläuft; denn wenn er vorher verkauft, begeht er Vertragsbruch + müßte das Leerstandsgeld an den Senat zurückbezahlen.
Nach dem Vertragsauslauf, malt er sich wahrscheinlich in seinem Hirn eine problemlose Räumung aus. (Grrr!!!)
Zum Anderen spekuliert er natürlich dadrauf, daß der Preis für's Haus immer weiter steigt.

Unsere jetzige Situation, nach dem Weber das Haus los werden will, ist die:
Das Trio von Mieterladen, STERN und Sanierungsverwaltungsstelle flötet unisono: "Eure letzte Möglichkeit ist, ihr findet einen Sanierungsträger für das Haus.
Macht das also + wir unterstützen euch dabei" (Aber von sich aus machen sie gar nichts) "Wenn ihr den vor dem 15 Januar gefunden habt, gäbe es die (eventuelle) Möglichkeit, daß der Senat das Haus kauft. Wir (das Trio) würden dann nochmal auf höchster Ebene alle Hebel in Bewegung setzen!"
Das heißt dann Senat wäre Besitzer + der Sanierungsträger übernimmt + verwaltet die konkreten Bau- + Planungsarbeiten.
Na ja, wir sind/waren dann wieder am Rödeln, einen für uns korrekten Sanierungsträger zu finden. Haben uns zwischendurch die Münder zerfusselt über das Problem Selbsthilfe ja oder nein. Sind uns einig geworden: NEIN (Jippie!). Finden schließlich doch einen Sanierungsträger nach mehreren "Bittgängen", der uns ohne Selbsthilfe nimmt. Mittlerweile denken wir aber, klasse, waren wir wieder gut beschäftigt + können uns eventuell demnächst freuen mit unserem Sanierungsträger aber ohne Wonung auf der Straße zu stehen!
Denn es ist ziemlich offensichtlich, daß das ganze keinen Sinn hat, weil der Senat wird wohl kaum die Spekulationspreise überbieten können oder wollen.
Fraglich ist auch, ob Weber wiederrum das Haus an den Senat verkauft, wärend sich Immobilien May die Finger danach schlecken, weil sie sich einen Gewinn davon versprechen ein entmietetes + geräumtes Haus zu kaufen.



Beim Aufschreiben unsere Geschichte sind wir immer wütender geworden. Wir haben uns schön beschäftigen lassen mit den Verhandlungen, wo wir sowieso immer den kürzeren ziehen. Wir haben uns von den Senats und Co Märchen einlullen lassen. Dabei wußten wir ja, daß es mi t dieser "öffentlich geförderten Modernisierung" nicht so weit hier ist.
Von wegen MieterInnenfreundlich! Die ganze Zeit spielt keine Rolle was Weber für Schweinereien macht - stattdessen wird ihm die Kohle in den Rachen geschoben. Die Besitzverhältnisse werden nicht mal angekratzt - das liegt ja auch nicht im Interesse eines Senats - ist er nun schwarz oder orange-grün.
Und selbst wenn der Senat auf die Idee kommen würde, zu enteignen, heißt das noch lange nicht, daß wir davon was haben.

Diese Geschichte zeigt mal wieder: nett und braf sein bringts nicht! Statt unsere Energie in öde Verhandlungen zu vergeuden, in denen wir eigentlich nur StatistInnen sind, wär's doch besser, auf unsere eigenen Möglichkeiten zu bauen + unsere Fantasie spielen zu lassen: zB. mögliche Käufer vergraulen, alles öffentlich machen und uns mit anderen Betroffenen und Häusern zusammen tun + politischen Druck zu machen.
Unser Ziel ist schließlich nicht für einzelne Häuser "Lösungen" zu finden oder "nette" Hausbesitzer - wir wollen gar keine !!!



DIE HÄUSER DENEN DIE DRINNEN WOHNEN !!!

Jeder Hausbesitzer hat Name + Adresse, machen wir ihnen das Leben schwer: bestellt ihnen schöne Sachen aus dem Quelle-Katalog zB., ruft sie an.....

Albrecht Weber
Mariendorferdamm 187
1000 Berlin 42
Tel. 7051808

RÄUMUNG DER LÜBBENER 27

VOM 1. AUF DEN 2. JANUAR WURDEN DIE WOHNUNGEN IN DER LÜBBENER STRASSE 27 BRUTAL GERÄUMT, UND DAS GESAMTE HAUSUNTER BULLENSCHUTZ SOFORT UNBEWOHNBAR GEMACHT!
14 MENSCHEN SIND IN DERNACHT FESTGENOMMEN WORDEN, WAS FÜR ANKLAGEN SIE KRIEGEN IST BISHER NOCH UNKLAR!!!!

SOLIDARITÄT MIT DER LÜBBENER STRASSE!

WIR LASSEN UNS NICHT SPALTEN!!!

MITTE JANUAR STEHEN AUCH IN DER LÜBBI 29 IM HINTERHAUS RÄUMUNGEN AN!



DANCKEL 54 INFORMIERT:

WIR, EINE GRUPPE VON WOHNUNGSLOSEN STUDENTINNEN, SCHÜLERINNEN UND SOGENANNTEN ARBEITSLOSEN HABEN AM 11. NOV. '89 EINEN EHEMALIGEN PFERDESTALL (REMISE) IN DER DANCKELMANNSTR. 54 BESETZT.
GROßE TEILE DES GEBÄUDES STANDEN SEIT KRIEGSENDE LEER UND VERFIELEN. IM MAI 89 WURDE DEM LETZTEN MIETER EINER TISCHLEREI, WEGEN ABRIßVORHABENS GEKÜNDIGT.
VOR KURZER ZEIT BESCHLOß DIE CHARLOTTENBURGER BVV EIN ULTIMATUM, DEMNACH WIR UNSERE REMISE BIS ZUM 15. MÄRZ RÄUMEN MÜSSEN.
(DANN IST DER WINTER VORBEI UND WIR KÖNNEN DRAUßEN ÜBERNACHTEN!?)
EINEN LOGISCHEN GRUND FÜR DIESES RÄUMUNGSDATUM GIBT ES NICHT, SCHON, WEIL BEIM BEZIRK KEINE KONKRETEN PLÄNE VORHANDEN SIND.
BAUSTADTRAT CLAUS DYCKHOFF (SPD) ARGUMENTIERT ZWAR MIT DEM BAU EINER GROßEN KITA IM GESAMTEN BLOCKINNENBEREICH, DOCH DIESE PLANUNGEN VERROTTEN SCHON SEIT 1973 IN DEN SCHUBLADEN UND STOßEN AUßERDEM AUF DEN UNWILLEN VIELER ANWOHNER.
WIR WOLLEN, DAß BEIDE PROJEKTE NICHT GEGENEINANDER (WIE SO OFT) AUSGESPIELT, SONDERN NEBENEINANDER VERWIRKLICHT WERDEN.
NACHDEM SCHON DER HAUSEIGENTÜMER W.I.R. (EX-NEUE HEIMAT) UND DER TRÄGERVEREIN MARTINSWERK INTERESSE AN UNSEREM **SELBSTHILFEPROJEKT** GEZEIGT HATTEN, VERSUCHT DYCKHOFF, DIESE SCHNELLSTE UND BILLIGSTE MÖGLICHKEIT ZUR SCHAFFUNG NEUEN WOHNRAUMS ZU VERHINDERN, UM SO DIE VÖLLIG UNZULÄNGLICHE EFFEKTIVITÄT SEINER WOHNUNGSBAUPOLITIK ZU KASCHIEREN.
AUCH WILL MAN UNS EVENTUELLEN FASCHISTISCHEN ANGRIFFEN SCHUTZLOS AUSSETZEN, INDEM WIR UNTER RÄUMUNGSANDROHUNG ZUM ABBAU UNSERES SCHUTZZAUNES AUFGEFORDERT WURDEN.
DARUM: BESUCHT UNSER **INFO-CAFE** (MEIST VON 15-24 UHR OFFEN) UND SPENDET, DAMIT UNSERE POWER NICHT EINFRIERT!

PLANUNGSSICHERHEIT UND LANGFRISTIGE MIETVERTRÄGE SIND DIE GRUNDVORAUSSETZUNGEN FÜR DIE SCHNELLSTMÖGLICHE SCHAFFUNG MENSCHENWÜRDIGEN WOHNRAUMS!

DIE BESETZERINNEN DER DANCKEL 54

Hausbesetzung am Friedrichshain

Die gestürzten Machthaber haben unser Land verraten und verkauft, und die neuen Nicht-Volksvertreter dienen lediglich als lächerliche Konkursverwalter. Durch die totale Grenzöffnung sind dem internationalen Finanzkapital mit seinem Wolfsgesetz, den nationalistischen Blähungen und seiner weltweiten Umweltzerstörung Tür und Tor geöffnet worden. Letzlich wird es versuchen, die Idee des freien Sozialismus - die Selbstbestimmung aller Menschen - in der DDR mit einem gewaltigen Kapitalstrom zu ersticken. Ab Weihnachten 1989 ist die DDR faktisch zum Plündern freigegeben. Darum sehen wir uns gezwungen, die für uns erreichbaren Werte vor der Preisgabe zu schützen.

Wir erklären hiermit, daß wir das Haus Schreinerstraße 47 in Berlin Friedrichshain besetzt haben, um unserer Hoffnung auf Sozialismus, verständigung und Solidarität wenigstens den Hauch einer Chance zum Überleben zu geben. Hinzu kommt, daß nicht abzusehen ist, wann unser Haus rekonstruiert werden soll. Vor 1991 ist mit dem Baubeginn nicht zu rechnen. Es steht in Frage, ob dieser Termin nach dem Abzu der Nichtberliner Bauleute eingehalten werden kann. Damit würden die Wohnungen weiter sinnlos leerstehen (die Wohnungen im 4. Stock schon seit 4 Jahren). Der offizielle Fertigstellungstermin war übrigens Dezember 1989. So werden wir uns um die Rekonstruktion selber kümmern.
Wir haben die Absicht, ein offenes Info-Büro mit Cafe einzurichten, in dem auch kommunale Belange (z.B. die Gestaltung des Spielplatzes neben unserem Haus) aufgegriffen werden sollen.
Wir sind nicht über die langen bitteren Jahre der Diktatur gerade in der nichtkapitalistischen Welt geblieben, um jetzt dem Verfall und Ausverkauf unseres Landes tatenlos zuzusehen. Unsere moralischen Werte - Solidarität, Gewaltfreiheit, Bildung, Teilhabe - unsere unverschämte Lebensfreude und Wut haben uns die Zeit des Stalinismus überleben lassen. Genau mit diesen Mitteln stellen wir uns nun der viel schlimmeren Diktatur des Weltkapitals entgegen. Weitere Häuserbesetzungen in Berlin, Dessau, Dresden, Greifswals, Jena, Leipzig, Potsdam und Rostock zeigen, daß wir mit unserer Meinung nicht alleine stehen.

Wir fordern alle auf, diesem Beispiel zu folgen und die Häuser, Werkstätten, Bildungseinrichtungen, Kneipen, Cafes usw. in eigene Verwaltung zu nehmen. Nur so sehen wir die Möglichkeit, dem menschenfeindlichen "freien Markt" in der DDR den Boden vorzuenthalten. Und wenn uns morgen vielleicht die Polizei aus unserem Haus heraustrăgt, denn gehen werden wir nicht, so werden es nicht mehr Polizisten des Volkes sein, sondern Handlanger des internationalen Finanzkapitals.

In hoffnungsvoller Verzweiflung rufen wir: Laßt uns nicht diese letzte Chance für die freie Selbstbestimmung ungenutzt vorübergehen! Helft uns, schreibt uns, besucht uns, tut es uns nach und macht es publik! Gebt Eure Solidarität für uns kund, wo immer Ihr könnt!

Der Sozialismus wird frei sein, oder er wird nicht sein!

Die Besetzer, Schreinerstraße 47, Berlin 1035
am 29.12.1989

INFORMATION ZUR BESETZUNG DER SCHÖNHÄUSER ALLEE 20

Durch die zentral organisierte Verteilung und Instandsetzung von Wohnungen und Häusern ist die gesamte Wohnungssituation miserabel. Entweder haben KWV und Wohnungspolitik nicht den Überblick über Verteilung und Zustand des Wohnraumes oder läßt diesen bewußt verfallen.
Mehrere junge Leute bezogen Mitte August 1989 die fast leerstehende Schönhäuser Allee 20. Wir iwssen, daß dieses Haus schon lange Zeit auf dem Abrißplan steht. Deshalb haben KWV und Wohnungspolitik seit langem keine oder nur ungenügende Instandhaltungsmaßnahmen durchgeführt. Uns wurde gesagt, daß auch die Wiese (Metzer/Ecke Kollwitzstraße) und der Spielplatz (Kollwitzstraße) dem Neubauprogramm zum Opfer fallen werden. Wir möchten uns einsetzen, für die Erhaltung des alten Stadrbildes und gegen dessen Zerstörung durch den zunehmenden Bau von Neubauten.
Dieses Haus ist in erster Linie natürlich unsere Existenzgrundlage, soll aber auch ein Modell gemeinschaftlichen Zusammenlebens und ein Versuch der Selbstbestimmung bzw. -verwaltung sein. In diesem Projekt soll die Eröffnung eines Knderladens und eines Informations- Cafes einbezogen sein.
Wir haben beschlossen, unseren Wohnraum mit eigener Kraft wieder Instand zusetzen und zu gestalten.
Um unser Projekt verwirklichen zu können, brauchen wir die Solidarität aus der Bevölkerung.



Kaufhausklau ganz legal, Zechprellerei erwünscht

Mit dem Verkauf von drei Mark der DDR für jede De-Mark geben die fettgefressenen DDR-Führungskader im Verein mit westlichen Banken und Bonzen mittelfristig alles in der DDR, alle Waren, Produktionsmittel und ArbeiterInnen zum Plündern zu Dumping-Preisen "frei". Wie die Heuschrecken fallen derzeit Westberliner SpießerInnen in die Kaufhäuser der Hauptstadt. West-Yuppies schnappen selbst ihren östlichen ArtgenossInnen die Barhocker rund um den Marx-Engels-Platz weg, geifernd und mit prallen De-Mark-Portemonnais hocken SpekulantInnen vor bislang "volkseigenen" Betrieben.

Durch die Intershops gab es in der DDR schon lange einen tiefen Spalt zwischen Leuten mit und ohne Westwährung in der Tasche. Der rötlich-grüne Senat verschärft ihn jetzt noch mit der Förderung von De-Mark-"Gaststätten" im Arbeiter- undbauernstaat.

Ihre Härte verdankt die Mark von BRD und Westberlin weltweiter Ausbeutung. Viel zu oft hat sie, unterstützt auch durch die Oberschicht des jeweiligen Staates, ganze Volkswirtschaften gefressen. Jetzt ist die DDR dran.

1:3 ist kein guter Kurs.

Wir tauschen 1:1

natürlich nicht in den Staatsbanken, sondern bei Freunden und Genossinnen (Die DDR-Linke braucht zum Beispiel Drucktechnik, die es für sie bis auf weiteres nur gegen De-Mark gibt). Auch bei nächstens rapide steigenden Preisen im Realexistierendensozialismus wird dieser Kurs für unseren "Reisebedarf" noch ne Weile reell bleiben.

Gegen den Ausverkauf.

Aufruf zur MENSCHENKETTE

AN ALLE! AN ALLE! AN ALLE! AN ALLE!

AUFRUF ZU EINER M E N S C H E N K E T T E AM 14.1.1990
für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg
zwischen Ehrenmal Friedrichsfelde und Landwehrkanal
von 16.00 bis 16.30 Uhr

Wir wollen Karl und Rosa diesmal anders ehren!

"Erziehung der Massen zur Wahrheit ist die wichtigste Aufgabe."
"...Wenn, sage ich, die Mehrheit des Volkes zu der Überzeugung gelangt, daß Kriege eine barbarische, tief unsittliche, reaktionäre und volksfeindliche Erscheinung sind, dann sind die Kriege unmöglich geworden...das gesamte Volk hat zu entscheiden, ob Kriege zustandekommen oder nicht..."

Rosa Luxemburg

Wir wollen eine friedliche Menschenkette zwischen dem Ehrenmal Friedrichsfelde und den Gedenksteinen für Karl und Rosa am Landwehrkanal bilden und rufen dazu alle progressiven Kräfte der Hauptstadt Berlin, der DDR und Westberlins auf.
Unsere Friedfertigkeit wollen wir mit Kerzen, Plakaten und Transparenten, die wir mit unseren Händen bzw. an unseren Körpern tragen (k e i n e STOCKTRANSPARENTE), demonstrieren.

Streckenführung:

Ehrenmal Friedrichsfelde	Skalitzer Straße
Gudrunstraße	Gitschiner Straße
Straße der Befreiung	Hallesches Ufer
Frankfurter Allee	Reichpietsch-Ufer
Warschauer Straße	Heydtstraße
GRENZÜBERGANG OBERBAUMBRÜCKE	Corneliusstraße
	Tiergartenufer
	bis zu den Gedenksteinen für Rosa und Karl

Wir bemühen uns, weitestgehend Fußwege und - soweit vorhanden - Tunnel zu nutzen.

Die Veranstaltung wurde am 5.1.1990 bei den Polizeipräsidien in Berlin-West und der Hauptstadt der DDR angemeldet und genehmigt.

Mitglieder des VBK, VBJ, Theaterverbandes, Verbandes der Film- und Fernsehschaffenden, Schauspieler, Regisseure, Mitarbeiter der Berliner Theater, Liedermacher, Musiker.
Vertreter der evangelischen Kirche, Mitglieder verschiedener Parteien und Organisationen der DDR.
Vertreter autonomer Gruppen.

Volkssport

TAZ - SEKT

RECHENSCHAFTSBERICHT

Am 31.12.1989 haben wir den Alkohol, der für die Sylvesterfeier der Taz'ler bestimmt war, aus den Räumen der Taz geholt und folgende Erklärung dazu zurückgelassen:

Der Schampus, mit dem Ihr heute abend Euer schlechtes Gewissen ersaufen wolltet, ist Gefangener der Bewegung gegen den Integrationsjournalismus . Er wird bei passender Gelegenheit zugunsten derjenigen verkauft, die Ihr mit Eurer Berichterstattung permanent in die Pfanne haut.
Trinkt Pfefferminztee heute abend, das schärft den Blick für die Realitäten!



Kommando REBLAUS

Wir haben den "sichergestellten" Sekt an Sylvester vor dem Brandenburger Tor verkauft und 2.500,- Mark eingenommen. Wie angekündigt geht das Geld an den militanten unversöhnlichen Widerstand gegen die Herrschenden, gegen Kapitalismus, Patriarchat und den weltweiten Imperialismus.
Diese Kämpfe unsichtbar zu machen , trägt die Taz täglich bei.
Die 2500,-Mark sind zu gleichen Teilen gegangen an:

- die Unterstützung des Kampfes in El Salvador
- den militanten Widerstand gegen die Rassisten-Herrschaft in Südafrika (Shell-Kampagne)
- die PalästinenserInnen für ihren Kampf gegen die israelische Besatzung
- die Hafenstrasse
- die politischen Gefangenen in der BRD

"Letztendlich ist es ein immerwährender Prozeß. Während man Widerstand leistet, und sei es auch nur mit dem kleinsten Flötenton, wird man nicht vernichtet werden."
Mauricio Rosencof Tupamaro

S I X P A C K
Sitzung vom 2.1.90

zu Punkt 1

Die gesamten Wein-und Sektvorräte für die Silvesterfete sind uns geklaut worden (Wert:1.400,-DM). Da sämtliche Schlösser intakt sind, kommen als Täter nur Tazler infrage, zumindest als Helfershelfer. Nicht nur im Sixpack herrscht Unmut darüber, daß hier Idioten rumlaufen, die sich nicht scheuen, uns immer wieder mal eins auszuwischen. Sämtliche Generalschlüssel werden deshalb eingezogen und deren Inhaber bzw. diejenigen, die Zugang zum Kantinenvorratsraum haben, in dieser Angelegenheit befragt. Generalschlüssel werden nur noch an Leute vergeben, die sie unbedingt brauchen.

Ausbeutung, Unterdrückung, Verschuldung - Die Kaffeekonzerne sind dabei

Die Gewinne machen die Konzerne hier und die Plantagenbesitzer in den Ländern, in denen der Kaffee angebaut wird. Die Bevölkerung, die Kaffeebauern und KaffeepflückerInnen bekommen so gut wie nichts - es reicht oft nicht einmal zum Überleben.

Die Weltmarktstrukturen (billige Preise, Konkurrenz unter den kaffeeproduzierenden Ländern) werden hier geschaffen. Falls sich die Bevölkerung gegen diese Ausbeutung wehrt, wird sie unterdrückt, so wie zur Zeit in El Salvador. Dort führt das faschistische Christiani-Regime Krieg gegen das Volk. Bezahlt wird dieser Krieg unter anderem mit den Deviseneinnahmen des Kaffee-Exports, mit militärischer Unterstützung der USA, mit sogenanter 'Entwicklungshilfe' der BRD-Regierung. Auch im Bundeshaushalt 1990 ist diese 'Hilfe' gerade wieder genehmigt worden.

Um dem Weihnachtsgeschäft mit dem Kaffee etwas entgegenzusetzen und damit möglichst viele Leute anfangen, über das Geschäft mit dem Kaffee nachzudenken, haben wir zahlreiche Kaffeeläden mit Plakaten beklebt.

WAS UNTERSCHEIDET DEN GESCHÄFTSFÜHRER DES EP. VERLAGES VON EINEM ZUHÄLTER ?

Der Verlag Elefantenpress (Geschäftsführer: Erik Weihönig) gibt'linke Literatur' und Bücher speziell für Frauen heraus. Daß sämtliche Sexismusdiskussionen an den EP-Männern spurlos vorübergegangen sind, wird an dem von EP herausgegebenen Stadtführer "Westberlin für Ostberliner" deutlich:Unter dem Kapitel 'Überdruck' empfehlen sie Sexshops,speziell Beate Uhse,als 'gute Adresse zur Auffrischung des Sexuallebens' - ZUHÄLTER,KONSUMENTEN VON PORNOS und LINKE KLEINVERLEGER unterscheiden sich in NICHTS; WENN es darum geht, Frauen zu Objekten zu machen!

LESBEN UND ANDERE FRAUEN-GREIFT DIE SEXISTEN AN, WO IHR SIE KRIEGEN KÖNNT !

BUMERANG

Bullen in Kreuzberg haben in der Nacht vom 1.zum 2. Jan. das Häuserfest in der lübbi angegriffen,leute verprügelt, Tränengas geschossen und 14 verhaftet.
In der silvesternacht haben die Bullen in Charlottenburg mit Leuchtspur auf die Nachtwache der besetzten Häuser marchstr./einsteinufer geschossen.
Deshalb haben wir deren Stützpunkt,die Bullenwache Bismarkstr./Ecke Ernst-Reuter-Platz,mit rot-grünen Cocktails eingefärbt.
Jeder Bulle,der auf Menschen anlegt,sei hiermit gewarnt!

Chacha ★

HERR HÄRTIG - GO WEST

wir haben in der nacht am 29. 12. 89 herrn härtigs neuen camping vw bus, vor seiner riesenprachtwohnung in der görlitzerstr. 4 vorderhaus, hochparterre rechts, eingeschlagen und mit 1 liter buttersäure zugestunken. alle die darauf in einer entfernung von 100 m die görlitzer passierten wußten damit,hier wohnt ein stinkendes schwein. solche schweine wie der al - funktionär volker härtig,(vorsitzender des bauausschusses) die es nicht sein lassen mehr bullen zu fordern, genossinnen und projekte zu denunzieren, stellen eine gefahr für das öffentliche leben im kiez dar und haben hier nichts mehr zu suchen. so diffamierte er auch den widerstand von einem teil der bevölkerung gegen die rep - polizei am 1. mai,als killermentalität und ruft zur alternativen bürgerwehr auf.

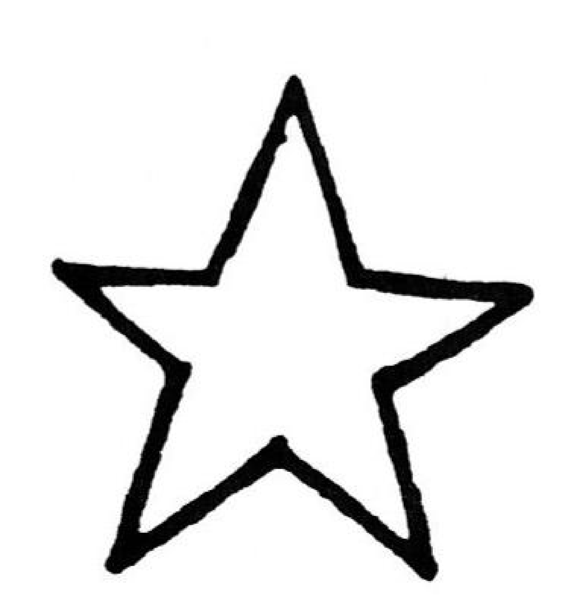
wir haben herrn härtig jetzt lange genug geduldet. jetzt ist schluß! wir raten ihm den schnellen auszug aus k-36. wer hier mit den faschistoiden bullen zusammenarbeitet und gegen bewohnerinnen hetzt, muß sich nicht wundern, wenn ihm bei erneuter denunziation seine miesen schreibtischtäterfinger gebrochen werden.

das es hier viele gibt, die das denunziantentum bekämpfen begrüßen wir. unter anderen zeigt sich das daran, daß in der kämpferischen silvesternacht herr härtigs stinkender bus von genossinnen gezielt als brennende barikade gegen anrückende bullen genutzt wurde.

wenn ihr jetzt losgeht um ihm z.b. seine fensterscheiben einzudotzen - lernt zielen (er wohnt nicht alleine) und achtet auf zivis. wir denken, daß es herrn härtig bis zu seinen auszug viel freude bereitet eure bestellungen von der torte bis zum kühlschrank entgegenzunehmen. viel spaß

keine aussagen an bullen und justiz-kein tratsch
genossInnen-redet nicht nur von gegenmacht sondern übt sie aus
bestraft 1,2,3,4, viele denunziantenschweine.

rotfront
proletarische kampfgruppe conny wismann



ERWIDERUNG ZUR STELLUNGNAHME EINES INTERIM-REDAKTEURS ZUM MOLOTOW-FLUGBLATT IN DER INTERIM 84

Vorwort an die gesamten Interim-Redaktion und nicht an einen Redakteur.

wenn uns ein Redakteur in dieser Art und Weise, nämlich erstens unter der Gürtellinie angreift und zweitens auch noch in verdrehter Form, verlangen es die linken Umgangsformen, daß wir dazu sachlich Stellung nehmen können. Außerdem hätten wir unabhängig davon wie es gelaufen ist eine Stellungnahme der gesamten Interim-Redaktion der eines Redakteurs vorgezogen, da dies unsere Art der Auseinandersetzung ist. Da dies aber nicht unser Versäumnis ist, hier einige notwendige Richtigstellungen zum Text eines Interim-Redakteurs.

1. Der Vorwurf *wir würden uns als RichterInnen aufspielen* und *lassen das Papier der CCC unhinterfragt als alleinigen Beweis stehen* beißt sich mit dem Vorwurf *zu den bisherigen Untersuchungen würden wir nichts sagen.* Hättest du die erste Seite unsers Papiers gelesen, wäre dir sicher nicht entgangen (das steht nämlich drin) warum wir das CCC-Papier dokumentieren, eben um Diskussionen auszulösen, und zwar sachliche. Daß das CCC-Papier dir bekannt ist, wie du schreibst, ist ja schön und gut, aber die meisten kennen es eben nicht. Bevor das Papier nicht weiter verbreitet ist, werden wir dazu auch nicht Stellung beziehen, da wir der Diskussion keinen Rahmen vorgeben wollen und wir auch nicht diejenigen sind, die zu urteilen haben, das ist Aufgabe der revolutionären Linken insgesamt.

2. Wir finden deinen Vorwurf, wir hätten keine Untersuchungen angestellt in anderer Hinsicht bemerkenswert: Wie soll irgendwer Stellung beziehen können, wenn wie du selbst bestätigst, die Info's nicht über den Kreis der Infoläden hinausgegangen sind und sie auf internen Diskussionsergebnissen sitzengeblieben sind. Spekulationen lehnen wir ab. Auch wenn du *es falsch findest, den Infoläden eine Allmächtigkeit zuzuteilen* und *wir viele Wege der Kommunikation haben*, sehen wir objektiv in dem genannten Verhalten, du nennst es *ZensorInnen ohne Rechenschaft* der Infoläden eine Bevormundung und die Gefahr einer Allmächtigkeit.

3. Du sagst das CCC-Papier wäre *ein Meisterwerk der Pedanterie*; unter Pedanterie verstehen wir übertriebene Genauigkeit, und Genauigkeit (ob übetrieben oder nicht ist nicht entscheidend) ist genau der Punkt, den wir bis jetzt in der hysterischen Auseinandersetzung um die Knipselkrant vermißt haben, oder noch schlimmer es kam gar nichts, wie von den Infoläden.

4. Der Vorwurf, das CCC-Papier sei *ein Muster wie unangenehmen Fragen aus dem Weg gegangen wird, wie z.B. die Informationspolitik des Knipselkrant (RaRa) oder der Fall Hans Alderkamp zeigen* ist falsch (lies doch bitte Seite 4 Punkt d des CCC-Papiers). CCC lehnen es ab auf Basis der wenigen Infos die sie darüber haben, eine Stellungnahme abzugeben und fordern sowohl Frontline Info wie Knipselkrant auf mehr Infos zu liefern, damit sie dies nachholen können. Was verlangst du von den CCC, sollen sie Spekulationen oder gar Halbwahrheiten oder Lügen verbreiten? Es muß eine sachliche, fundierte Diskussion geben (die bis jetzt nicht stattgefunden hat) und du machst einen Vorwurf daraus! Wäre Alderkamp im CCC-Papier nicht erwähnt worden, dann wäre dein Vorwurf angebracht, aber so geht es wieder in Richtung Schlammschlacht, Emotionen, Spekulationen, die uns in der Sache nicht weiter bringen.
Zur Informationspolitik in punkto RaRa beziehen die CCC sehr wohl Stellung. (vgl. CCC-Papier) Außerdem widersprichst du dir da selbst, da du einerseits den Infoläden *die Entscheidung überläßt wofür und für wen sie den Kopf hinhalten* - Knipselkrant wird daraus ein Vorwurf gemacht. Also gibt es verschiedene Maßstäbe?

5. Zum "geklauten" RAF-Zitat:
Wir haben es absichtlich nicht gekennzeichnet, und bewußt die aktuelleste und authentische Erklärung genommen. Wir haben zu oft gesehen, wie Erklärungen die Kollektivität, Diskussionen und den Frontbegriff zum Inhalt haben, aufgesogen werden, ohne sie auf das eigene Verhalten und die eigene Praxis zu reflektieren. Indem wir es der Infoladenrealität gegenübergestellt haben, wollten wir damit etwas provozieren und ein paar Gedanken auslösen. Hätten wir es als RAF-Zitat gekennzeichnet, wäre es sofort wieder abgehoben von der eigenen Identität betrachtet worden.
Wäre die Kritik gekommen, daß es als Zitat hätte gekennzeichnet werden müssen, oder hättest es beim Vorwurf des Klauens belassen, hätten wir dies so akzeptiert, aber was machst du daraus: *Seid ihr ein Teil der westeuropäischen Front, wobei die neue Strategie heißt: die Oberschweine des Imperialismus und linke Infoläden angreifen, oder was?* Du bemutzt uns und bläst uns auf um die westeuropäische Front anzugreifen und baust dann künstliche Fronten zu den Infoläden auf. Zur Sache bringst du rein gar nichts, spielst aber uns gegen die westeuropäische Front und diese gegen die Infoläden aus. Wir sparen uns den Kommentar dazu.

6. Für unsere zweideutigen und mißverständlichen Bemerkungen, möchten wir uns bei den LeserInnen entschuldigen. Es lag und es liegt nicht in unserem Interesse, tätlich gegen Infoläden vorzugehen.
Wenn wir schreiben, "daß wir kleinkariertes machtpolitisches Denken innerhalb der revolutionären Linken, da wo es auftaucht angreifen werden", bzw. uns vorbehalten "praktisch zu intervenieren", dann schließt das die Überlegung ein wie wir durch eine scharfe, inhaltliche Auseinandersetzung derartige Auswüchse bekämpfen und zurückdrängen können. Nicht mehr und nicht weniger. Genau deshalb auch unser Flugblatt und das x-mal erklärte Ziel Diskussionen auslösen zu wollen. Was du Interim-Redakteur machst, ist jedoch eine bewußte bösartige Unterstellung. *Soll das etwa heißen, daß ihr die Infoläden als möglichen Hauptfeind in dem Kampf gegen den Imperialismus entlarvt habt.* Du weißt genau worum es geht, denn wir haben in einem internen Brief an die Interim zur USK Stellung bezogen und unseren "harten" Ton und unsere Absicht erklärt. Daß du das unter den Teppich kehrst, mit dem Hintergrund, daß die LeserInnen diesen Brief nicht kennen, ist übel.
Wir sind Schlammschlachten gewohnt, aber nicht in dieser Form und erst recht nicht von einem Interim-Redakteur. Deshalb der Dank an dich, daß du es damit geschafft hast, die Schlammschlacht zu beginnen und somit die Diskussion um die Knipselkrant wieder in die alte Form drängst.
Nachdem du uns auf knapp zwei Seiten in eine bestimmte Richtung drängst, behauptest du *es scheint euch eher um Polemik und Drohgebärde zu gehen, als um eine konstruktive Diskussion.* Dieser Stein ist dir leider auf deine eigenen Füße gefallen, was Form und Inhalt deines Textes betrifft.

GRUPPE MOLOTOW

Gruppo Autonomo Anti-Molotowo

Das politische Kürzportrait: heute, wer war eigentlich dieser MOlotow?

Molotow bildete allein wegen seiner Farblosigkeit einen auffälligen Gegensatz zu Dsershinski. Er war noch keine dreißig Jahre alt, als er in der Hierarchie bereits eine hohe Stellung einnahm: er war Sekretär des Zentralkomitees gewesen, bevor Stalin Generalsekretär wurde, und arbeitete dann unter Stalin als dessen Hauptadjutant. Selbst in diesem Stadium waren seine Engstirnigkeit und sein geistiges Phlegma in bolschewistischen Kreisen sprichwörtlich; er schien bar jedes politischen Talents zu sein und keinerlei Initiative zu besitzen. Meistens sprach er auf Parteikonferenzen als Berichterstatter über eine zweit- oder drittrangige Angelegenheit; und seine Reden waren stets so langweilig wie Spülwasser. Er stammte von einer Familie von Intellektuellen ab, war ein Verwandter Skrjabins, des großen Musikers, und schien selbst das ganze Gegenteil eines Intellektuellen zu sein – ein Mann ohne eigene Ideen. Früher mochte er nicht ganz ohne Genieblitz gewesen sein – dieser Funke hatte sich 1917 gezeigt –, aber jetzt war er ganz erloschen.

Molotow war fast das vollendete Beispiel eines Revolutionärs, der zum Beamten wurde; und seine Beförderung verdankte er der Vollkommenheit seiner Verwandlung. Er besaß ein paar eigentümliche Tugenden, die ihm zustatten kamen: eine unendliche Geduld, unzerstörbare Ausdauer, Bescheidenheit gegenüber Vorgesetzten und einen unermüdlichen, fast mechanischen Fleiß, der in den Augen seiner Vorgesetzten seine Mittelmäßigkeit und Inkompetenz wettmachte. Er heftete sich sehr früh wie ein Schatten an Stalin.

siehe auch: Isaac Deutscher, Trotzki Band 2 1921 - 1929

ps. seine besondere historische Tat: 1939, acht Tage vor dem Einmarsch der NS-Truppen in Polen unterzeichnet Molotow als stalinistischer Außenminister zusammen mit dem NS-Außerminister Ribbentrop den Hitler-Stalinpakt.

Wir freuen uns immer wieder über die frappierende Klarheit der historischen Bezüge so mancher "Genossen"!

gruppo autonomo anti-molotowo

AUFRUF DER AUTONOMEN INTERESSENVERTRETUNG DER TEILANSTALT III DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALT T E G E L



W i r ,
die autonome Interessenvertretung der Teilanstalt III der Justizvollzugsanstalt Tegel rufen alle Mitgefangenen der Justizvollzugsanstalt Tegel, die sich angesprochen fühlen, auf, nach dem Abendmahl-Gottesdienst am *Freitag, den 19.01.1990 um 18^{15} h* an einem

s o l i d a r i s c h e n S i t z -
s t r e i k

teilzunehmen. Dieser Sitzstreik kann sich über mehrere Nächte hinziehen. Bringt Tabak mit. Wir wollen mit unserer Aktion in der Kirche darauf hinweisen, daß sich nachdem die Koalitionsvereinbarungen getroffen wurden bis heute noch nichts ereignet hat und fordern Frau Prof. Dr. Jutta LIMBACH auf, Ihre in der Öffentlichkeit bereits abgegebenen Lippenbekenntnisse in die Tat umzusetzen.

Hier wäre zunächst der Resozialisierungsfaktor aufzugreifen. Wir fordern gerechte Entlohnung, um unsere Angehörigen mit unterstützen zu können; wir fordern auch zwischenmenschliche Kontakte in besonderen Räumen der Anstalt pflegen zu können sowie hier auch nicht verheirateten Mitgefangenen bessere Möglichkeiten zu geben, die genauso unter der Kontaktarmut zu leiden haben wie Langstrafer; wir fordern unzensierten Kontakt mit den Menschen draußen üben zu können, Aufhebung der Trennung und Spaltung von sozialen, politischen und BTM-Gefangenen und Kontaktfreiheit für alle Gefangenen mit den Medien und daß die Pressevertreter auf unbürokratischem Wege mit jedem Gefangenen sprechen können.

Wir fordern auch, daß die freie, unabhängige autonome Interessenvertretung der Justizvollzugsanstalt Tegel ohne Beschränkung durch den jetzigen Justizapparat anerkannt wird und auch jeder Gefangene mit seinen Vorschlägen sich an die autonome Interessenvertretung wenden, aber auch eine autonome Interessenvertretung bilden kann.

Insassen der JVA TEGEL, wir fordern Euch auf, z a h l r e i c h an diesem Protest-Gottesdienst teilzunehmen, um der Öffentlichkeit zu zeigen, daß auch hinter Gittern die Kraft zum weiter machen steckt. So fordern wir Euch auf, unserem Sitzstreikaufruf zu folgen, um der Öffentlichkeit gegenüber zu demonstrieren, daß es auch noch Menschen gibt, die hinter Gittern leben müssen, Menschen jedoch, die ein wichtiger Bestandteil der Gesellschaft sind. Denn wir sind schließlich das Ruhekissen unserer Gesellschaft.
WIR HABEN NOCH NICHTS, VIEL WIRD ABER VON DER KRAFT HIER DRINNEN UND DRAUßEN ABHÄNGEN!
Also vergeßt nicht, zahlreich zu erscheinen, um Eurge Rechte präsent zu vertreten. Wir fordern auch die beiden Religionsgemeinschaften in der Anstalt auf, sich mit uns solidarisch zu erklären.

DIE AUTONOME INTERESSENVERTRETUNG DER TEILANSTALT III

Ihr Lieben,

Aus TEGEL

D-1000 Berlin 27, den 23.12.89
Seidelstrasse 39

heute möchten wir von der autonomen Interessenvertretung der Teilanstalt III der Justizvollzugsanstalt Tegel wieder von uns hören lassen.

Wie wir Euch als erstes mitteilen möchten, wurde vor wenigen Tagen ein aktiver Kämpfer für die Interessen der Gefangenen, das Mitglied

Jürgen KETTNAKER
der autonomen Interessenvertretung
der TA III

aus der Strafhaft entlassen. Wir hoffen, daß er uns nun so wie Ihr das tut, von draußen unterstützt. Alle unsere guten Wünsche begleiten ihn.
Auch möchten wir Euch mitteilen, daß wir am Montag, den 11.12.1989 die Sendung 'Mauerrisse' um 21.00 Uhr mitgeschnitten haben.
Wir erklären uns solidarisch mit den autonomen Frauen aus der Haftanstalt Plötze. Wir fordern, daß entweder die gesamten Insassenvertretungen in den Berliner Knästen freiwillig zurücktreten oder ihren Mitgefangenen gegenüber Rechenschaft darüber ablegen, was sie im letzten halben Jahr hinsichtlich der Umgestaltung des Verwahrvollzuges in einen Behandlungsvollzug an Alternativ-Vorschlägen gemacht und was effektiv erreicht worden ist.

Nach unserer Meinung sollen die gesamten Insassenvertretungen der Justizvollzugsanstalt Tegel aus ihren Mauselöchern herauskommen und nicht - ohne was geleistet zu haben - den Winterschlaf antreten. Wie wir nämlich feststellen mußten, haben sämtliche sogenannten Insassenvertretungen in der Justizvollzugsanstalt Tegel im letzten halben Jahr für ihre Mitgefangenen in allen Häusern der Anstalt aber auch rein garnichts an Verbesserungen erreicht. Und nach den Erkenntnissen, die wir gewannen, nahmen in den vergangenen sechs Monaten genau wie zuvor die Mißhandlungen, Folterungen und Willkürakte an Gefangenen ihren Fortgang. Keine der sogenannten Insassenvertretungen in der Justizvollzugsanstalt Tegel stellte sich schützend vor die von den Willkürmaßnahmen Betroffenen. Die einzige Vertretung, die alles daran setzte, die Öffentlichkeit von all dem zu unterrichten, was sich dieser Justizapparat an Willkürmaßnahmen gegen wehrlose Gefangene erlaubt, war

DIE AUTONOME INTERESSENVERTRETUNG DER TEILANSTALT
III DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALT T E G E L !

Die jetzt vor kurzem von nicht allzu vielen Gefangenen durchgeführte Arbeitsniederlegung hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, wie zerrissen, uneinig und handlungsunfähig die Gesamtinsassenvertretung der JVA Tegel ist. Wie notwendig auch immer eine Arbeitsniederlegung für nur einige Tage gewesen wäre! Immer wieder hatten wir von der autonomen Interessenvertretung der Teilanstalt III der JVA TEGEL darauf hingewiesen, doch seitens der Insassenvertretung der JVA arbeitete man gegen uns, man sähe keine Probleme, man fände den jetzigen Strafvollzug gut, man könne nicht klagen - mit diesen und ähnlichen Argumenten begegnete man uns. Wortführer dieser Worte waren vor allen Dingen die Mitgefangenen Grundmann und Kranich von der Insassenvertretung der Teilanstalt III e. Sie waren es, die zu einer Weihnachtsfeier am 7.ds.Mts. im Haus IIIe den Senat für Justiz und die Anstaltsleitung eingeladen hatten.

Man kann es sich kaum vorstellen, ja es ist nicht zu fassen, daß man jene Leute, die uns hier einsperren und denen man diesen menschenunwürdigen Vollzug verdankt, zu einer Weihnachtsfeier einlädt, mit ihnen sich an einen Tisch setzt, wo Frauen und Kinder zu Hause alleine am Tisch sitzen und ihre Männer ihnen fehlen. Sie müssen die Feiertage ohne ihre Ehemänner, ohne den Vater der Familie feiern.
Es wäre wirklich angebrachter gewesen, wenn sie ihre Familien, ihre eigenen Familien, zu diesem Weihnachtsfest eingeladen hätten als jene, die uns langsam aber sicher psychisch zu töten suchen.

Wir, die autonome Interessenvertretung der Teilanstalt III der JVA TEGEL fordert die Teilanstalt IIIe in der Sache auf, dazu Stellung zu nehmen und dies in aller Öffentlichkeit. Wir fordern sie auf darzulegen, was sie sich dabei gedacht haben, als sie diese Einladung an den Berliner Senat und die Anstaltsleitung der JVA Tegel gehen ließen. Wir verlangen von ihr eine Erklärung über dieses unüberlegte Handeln, darüber, daß man den eigenen Mitgefangenen dadurch in den Rücken fällt - aus eigennützigen Gründen.
Die Teilanstalt IIIe hätte wirklich besser getan, sich Gedanken darüber zu machen, wie man am schnellsten und wirksamsten stufenweise den zur Zeit noch immer praktizierten Verwahrvollzug in den Anstalten II und III in einen Behandlungsvollzug überführt. Die Teilanstalten II und III sind im wahrsten Sinne des Wortes das letzte Rad am Wagen. Und das Schlimme ist noch dabei, daß diese beiden Anstalten von den sogenannten Insassenvertretungen der anderen Teilanstalten als dritte Klasse Menschen angesehen und als assozial, ja als Abschaum der Menschheit bezeichnet werden.

Dies muss ein Ende haben und wir - die autonome Interessenvertretung der Teilanstalt III der Justizvollzugsanstalt Tegel - erklären hiermit dem Senat von Berlin und der Öffentlichkeit gegenüber, daß wir nicht eher ruhen werden, bis sich das geändert hat. Es sind unhaltbare Zustände und wir können nicht mehr länger zusehen, wie man in den Häusern I, IV, V & VI der Justizvollzugsanstalt Tegel von den Teilanstalten II und III als den Schweinehäusern spricht und seitens der dortigen Bediensteten die Gefangenen mit dem 'Schlagwort' erpresst: ' wenn Ihr nicht pariert, wenn Ihr Euch nicht fügt, dann schicken wir Euch in die Schweinehäuser II oder III '.
Sollte hier keine Abhilfe geschaffen werden können - in absehbarer Zeit - werden wir geschlossen nicht nur in einen Arbeitsstreik treten sondern noch andere Maßnahmen ergreifen, um vorgenannter Forderung Nachdruck zu verleihen. Wir sind die gleichen Menschen wie jene in den anderen Häusern untergebrachten Gefangenen, mit gleichen Rechten und Pflichten, aber auch Gefühlen. Ob innerhalb oder außerhalb der Mauern - für jeden gilt das Gleichheitsprinzip!

Wenn der Senat von Berlin sich unseren Bitten, sich unseren Forderungen auf Abhilfe verschließt, dann müssen wir eben an die Öffentlichkeit treten, sei es durch Rundfunk, Presse oder durch Veranstaltungen, um geholfen zu bekommen. Dann wird dem Senat von Berlin wohl nichts anderes übrig bleiben, als uns Rede und Antwort zu stehen und Abhilfe zu schaffen.

Unser heutiger Vortrag wäre unvollkommen, würden wir nicht noch ein paar Worte über die Körperverletzungen verlieren, die von Bediensteten an Gefangenen hier in der Justizvollzugsanstalt Tegel begangen werden. Hier war es bisher so, daß wenn so ein Fall aktenkundig gemacht und strafrechtlich verfolgt werden sollte, wichtige Zeugen zwar benannt, später aber dazu überhaupt nicht gehört wurden, so daß die Staatsanwaltschaft jeweils zu einem einseitigen Ermittlungsergebnis kam, das sie jeweils zur Einstellung des Ermittlungsverfahrens zwang. Auch hier ist Abhilfe vonnöten. Gefangene, die zu einem jeweiligen Fall etwas zu sagen haben, also zur Wahrheitsfindung beitragen können, müssen die Möglichkeit haben, dazu gehört zu werden, damit das, was sie zu sagen haben, von der Ermittlungsbehörde - der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin - geprüft und nach Erkenntnissen in strafrechtlicher Hinsicht ausgewertet werden kann. Nur so kann ein Ermittlungsergebnis gewonnen werden, das objektiven Charakter hat. Nur so können Beamte zur Rechenschaft gezogen werden, die ihre Dienstpflichten verletzt haben.

Sofortige Hilfsmaßnahmen sind aber noch in einer Sache vonnöten, die an Folterungsmaßnahmen, wie sie im Mittelalter üblich waren, erinnert. Wie wir schon mehrmals vorgetragen haben, befindet sich in der Teilanstalt III der Justizvollzugsanstalt Tegel auf der Station B I ~~ein~~ 3 sogenannten

INFO-BÜRO FÜR GEFANGENE/HAMBURG

Die groß aufgezogenen Festnahmen und die Durchsuchung in Billstedt am 14.12. hat schon gezeigt, daß der Fahndungsapparat wild um sich schlägt. Das heißt, daß sie aus kleinsten, nichtigen Anlässen heraus große Aktionen starten. Nach dem Anschlag gegen Herrhausen nutzen sie jeden Anlaß zur Menschenfahndung und Ausforschung. Von den angeblichen Bewohnern der Lasbeker Wohnung werden Phantomfotos in alle Zeitungen gepuscht, und wenn sie irgendwo eine scheinbare Stecknadel finden, stürmen sie los. Bei einer Hausdurchsuchung fanden sie in einem Notizbuch den Namen Karoline. (Unter dem Namen "Caroline" hatte sich angeblich die Frau aus dem Lasbeker Haus, nach der gefahndet wird, Nachbarn gegenüber vorgestellt.)

Pech für Karoline K. Der gleiche Vorname zusammen mit einer angeblichen Ähnlichkeit mit dem Phantombild und der Tatsache, daß sie nicht unter ihrer Meldeadresse wohnt, reichten für Hausdurchsuchungen in ihrer Wohnung und bei ihrer Meldeadresse und für ihre zwölfstündige Festnahme.

Am 16.12. um 10.00 Uhr standen Bemate von LKA-HH sowie BKA zeitgleich in den beiden Wohnungen in Norderstedt und in Hamburg-Osdorf. In Norderstedt (Ks Meldeadresse) stürmten, nachdem ihnen die Haustür geöffnet wurde, 12 zivile Beamte mit gezogenen Waffen das haus und traten bei einer lerrstehenden Wohnung im 1.Stock die Tür auf. In der Wohnung, auf die sie es abgesehen hatten, brüllten sie einen der Bewohner aus dem Bett. Dann verhörten sie beide Bewohner in zwei getrennten Zimmern, während sie den Rest der Wohnung durchsuchten.

Die Begründung war dort, Karoline und Sachen von ihr zu finden, und Gefahr im Verzuge. Die Durchsuchung der gesamten Wohnung dauerte 1 1/2 Stunden, wobei sie Fotos von Karoline K., Flugblätter und Bücher, in denen Markierungen und kurze Lesenotizen waren, mitnahmen.

In Osdorf klingelten 4 zivile Bullen sturm bei Karoline K. und ihrer 79jährigen Nachbarin. Sie eröffneten Karoline K. tatsächlich in freundlichem Ton, daß sie sie für eine gesuchte "Terroristin aus Lasbek" halten und sie deshalb festnehmen. Als sie bei einer oberflächlichen Wohnungsbeschau ein Plakat u.a. für Zusammenlegung, eine Broschüre des Gen-ethischen Informationsdienstes und einen Briefumschlag vom Rechtshilfefonds fanden, war es mit der Freundlichkeit erstmal vorbei. Die "Funde" reichten aus, um für sechs Stunden die Spurensicherung auf die Wohnung loszulassen. Sie verdreckten jeden Winkel der Wohnung inklusive Keller und Garten sowie des Autos von Karoline K. mit ihrem schwarzen Pulver, das sie für die Fingerabdruckanalyse benutzen. Als Alibizeugin setzten sie die alte Nachbarin auf das Sofa, die es allerdings mit den ca. 18 Bullen in der kleinen Wohnung nur zwei Stunden aushielt. Sie durfte auch gehen, nachdem sich der Staatsanwalt als "neutraler Beobachter" zur Verfügung gestellt hatte. Bei der Durchsuchung wurden mitgenommen: Unterlagen des "Vereins zur Förderung von Informationen über politische Gefangene", dessen Gründung zur Zeit u.a. von Mitgliedern der "Solidarischen Kirche in Nordelbien" vorbereitet wird, berufliche Arbeitsunterlagen, Broschüren, Flugblätter und Schlüssel.

Karoline K. war während dieser ganzen Zeit nicht mehr in ihrer Wohnung; sie war bereits um 11.00 Uhr in Polizeihochhaus gebracht worden.

Nachdem sie sich geweigert hatte, ohne einen Anwalt gesehen zu haben, mit zu der angekündigten Gegenüberstellung nach Lasbek zu fahren, durfte sie einen Anwalt anrufen, weil die Bullen gerne wollten, daß sie freiwillig mitkommt.

Das Anwaltsgespräch wurde nur mit Trennscheibe im Untersuchungsknast erlaubt. Danach wurde sie im Strohaus zur ED-Behandlung und einem kurzen Verhör durch 2 BKAler zurückgebracht. Die nächste Tour ging zur Gegenüberstellung nach Lasbek.

Die Gegenüberstellung fand im Dorfgemeinschaftshaus in Lasbek statt, wo Karoline K. mit 4 weiteren Frauen hinter einer Einwegscheibe aufgestellt und den für sie unsichtbaren Blicken von ca. 15 Dorfbewohnern ausgesetzt wurde. Ihr wurde gesagt, wenn einer nickt, "sie ist es", dann wäre der Haftbefehl klar. Es hat aber keiner genickt. Also wurde sie ins Strohhaus nach Hamburg zurückgefahren, und nach einer halben Stunde um 22.00h konnte sie dann gehen.

Alle beschlagnahmten Sachen aus den beiden Wohnungen haben sie bis heute behalten, nach dem Motto: "Wenn sie schon nicht die gesuchte 'Caroline' ist, dann können wir doch versuchen, eine Unterstützerin aus ihr zu machen." Die Unterstützung nach §129a ist jedenfalls die offizielle Begründung der BAW, nach der sie jetzt weiter ermitteln. Konkret gaben sie an, daß sie mal wieder Schriftprobenvergleiche machen wollen.

NR. 4

Wir sehen die Festnahme von Karoline, im Zusammenhang mit allen Maßnahmen der BAW nach der Aktion der RAF gegen Herrhausen: Die 29 Zellenrazzien in den Knästen, Verschärfungen der Haftbedingungen, die Hetze gegen die Hafenstraße als "Terrornest", Hamburg als "Hochburg der RAF", der Verkauf der Verhaftungen von Holger und Ute als Schlag gegen die RAF.

Sie schlagen wild um sich auf allen Ebenen. So wollen sie den Eindruck erwecken, daß sie hier alles und jeden unter Kontrolle haben. Das äußerte sich u.a. auch in zynischen Bemerkungen zu Karoline bei der Festnahme: Sie hätte sich doch nach der Veröffentlichung des Phantombildes selbst melden sollen. Ihr hätte doch die Ähnlichkeit auffallen müssen. Über kurz oder lang hätte sie sowieso jemand anderes denunziert.

BAW und Bullenapparat schießen in den dunklen Wald: irgendjemand wird es schon treffen. Und wenn sie dann eine/n in ihren Krallen haben, versuchen sie diese auszuforschen, ihnen was anzuhängen und ihre jeweilige politische Identität in kriminalistische Raster zu pressen. Wie jetzt das laufende Ermittlungsverfahren gegen Karoline.

Nach der Herrhausen-Aktion greifen sie sich die Menschen, die ihnen "verfügbar" erscheinen: Das waren zuerst die Gefangenen und jetzt einzelne aus dem Widerstand. So versuchen sie, wie so oft, auf Abschreckung und Spaltung zu setzen.

Über die Verhaftung von Ute und Holger und den Festnahmen in Billstedt hat die BAW für einige Zeit Nachrichtensperre verhängt. Über Karolines Festnahme wurde schon gar nichts mehr rausgegeben. So weiß niemand , wen sie verhaftet haben und aus welchem Grund. Das heißt: Wir von draußen können nichts unternehmen und keine Anwälte benachrichtigen, die einen Mindestschutz gewährleisten könnten. So sind die Verhafteten jeweils dem ungehinderten Zugriff von Bullen, BKA und BAW ausgeliefert.

Durchkreuzen wir ihre Nachrichtensperre! Damit ihnen mehr Leute aufmerksam auf die Finger sehen und sich daraus ein gemeinsames Reagieren auf gemachte und weitere Festnahmen entwickeln kann.

Das neueste Info: Eine Besucherin der gefangenen Frauen aus der RAf in Lübeck hat eine Zeugenvorladung bekommen. Sie soll dazu Aussagen machen, ob die Gefangenen von der Herrhausen-Aktion gewußt haben.

HAMBURG, 19. DEZ. 1989

INFO-BÜRO FÜR GEFANGENE/HAMBURG

NR. 5

Seit der Festnahme von Holger und Ute am 7.12. bei Husum läuft die Fahndung und Schnüffelei weiter. Wir haben dazu bereits vier Infos rausgegeben.
In diesem Info stellen wir die Fakten dazu zusammen, was in diesem Zusammenhang in Schleswig-Holstein gelaufen ist, soweit wir es bis heute wissen.
Diese Infos sind zum Teil nicht mehr brandaktuell, sie erscheinen uns aber vor allem deshalb wichtig, weil es in der Szene, mal wieder, allerhand Gerüchte und Spekulationen gibt. DAS MUSS SOFORT AUFHÖREN!!!!! GERÜCHTE, GEQUATSCHE UND SPEKULATIONEN NÜTZEN NUR DEN BULLEN!
Die Erfahrungen, z.B. Rhein/Main 87, zeigen: es gibt keine unwichtigen Informationen. Die Bullen benutzen alles gegen uns und für ihre Konstruktionen. Auch wenn ihr meint, es handle sich um Sachen, die ohnehin bekannt seien (in der Szene, den Bullen): erzählt Geschichten und Gerüchte, die euch erzählt werden, nicht einfach weiter, aus dem Gerede, auch in Zentren, Kneipen und WGś, basteln sich die Bullen ihre Sachen zusammen. Und gegenüber Bullen und Staatsanwaltschaft gilt allemal: ANNA UND ARTHUR HALTEN DAS MAUL! Wenn ihr mit Festnahmen, Hausdurchsuchungen, Bullen, Staatsanwaltschaft etc. konfrontiert seit: nur Angaben zur Person, sonst nix. Besprecht euch in euren Zusammenhängen und mit AnwältInnen.

11.12.

Bei Ute und Holger wollen die Bullen Telefonnummern gefunden haben, u.a. Nummern aus dem Kreis Plön von zwei Menschen und von Ihrer Arbeitsstelle. Bullen aus Plön laufen an dem Arbeitsplatz auf, stellen Fragen über die Arbeitsstelle und über die beiden Menschen, die zu dem Zeitpunkt nicht anwesend sind. Dabei geht es u.a. um Wohnungsvermittlung, was von diesem Arbeitsplatz aus betrieben wird, d.h. dort existiert eine alternative Wohnraumvermittlung. Die Bullen:"Vermitteln sie auch für die RAF?" Privat sind die beiden Menschen bislang nicht belästigt worden.

13.12.

wurde das Haus in Lasbek gestürmt. Ute und Holger sollen da gewohnt haben, nach zwei weiteren Menschen wird gefahndet.

14.12.

Nachdem am 12.12. eine Hundertschaft Bereitschaftsbullen mit z.T. vermummten Sondereinsatzkomando von der ALTERNATIVE in Lübeck ein Transparent mit der Aufschrift "Deutsche Bank und Deutsches Geld morden mit in aller Welt" geklaut und dabei Teile des Daches zerstört haben, beschließt die Lübecker Bürgerschaft den Mietvertrag für die Alternative zu kündigen. Am 22.12. wurde der Mietvertrag fristlos zum 31.1.90 gekündigt.

15.12.

Zivis vom K 25 laufen im Arbeitslosenzentrum in Lübeck auf und fragen dort nach dem weißen Golf, der im Zusammenhang mit der Festnahme von Ute und Holger gesucht wird. Angeblich haben sie einen Hinweis aus der Bevölkerung, dieser Golf habe in der Nähe des ALZ gestanden. Dabei stellen sie dann gleich die Personalien von zwei Menschen fest, die zu der Zeit dort auf dem Hof sind.

19.12.

In Kaltenkirchen wird R   gegen 16.30 Uhr an seinem Arbeitsplatz festgenommen. Gleichzeitig wird auf Anordnung der BAW sein Zimmer im Haus der Eltern durchsucht. An der ganzen Aktion sind 20-30 BKA- und LKA-Bullen beteiligt. R wird vorgeworfen, eine "terroristische Vereinigung" unterstützt zu haben (§129a), weil er den Strom und die GEZ-Gebühren für das Haus in Lasbek bis Oktober bezahlt hat. Bei der Hausdurchsuchung werden lediglich einige Schriftstücke mitgenommen, u.a. das Kündigungsschreiben für den betreffenden Stromvertrag. Noch während die Durchsuchung läuft, wird R   nach Bad Oldesloe ins Polizeihochhaus gebracht, wo die vom BKA eingerichtete Sonderkommission Lasbak ihren Sitz hat. R. erklärt sich bereit, eine Aussage zu machen: er sagt aus, daß er öfter in Hamburg auf Demos gewesen ist und manchmal in der Hafenstraße Freunde besucht hat.Dort hat ihn Anfang 88 ein Mann, der sich "Kalle" nannte angesprochen mit der Bitte, daß R. die Strom- und GEZ-Gebühren für eine Zweitwohnung auf dem Lande übernimmt, damit das Sozialamt von dieser Zweitwohnung nichts erfährt und ihm als Soziempfänger Ärger macht. Dieser Mann war R. jedoch nicht als Bewohner des Hafens bekannt und seiner Meinung nach hätte auch niemand aus dem Hafen davon gewußt.
Am nächsten Tag laufen Vernehmungen seiner Angehörigen und eine erneute Durchsuchung seines Arbeitsplatzes. Mittags kann er seinen Anwalt treffen und kommt kurz darauf raus. Das 129a-Ermittlungsverfahren läuft weiter. Während der ganzen Zeit wird R. und seinen Angehörigen damit gedroht, ihn nachmittags nach Karlsruhe zu fliegen.

26.12.

eine kleine Kundgebung am Lübecker Knast wird in kürzester Zeit von den Bullen angegriffen und drei Menschen vorläufig (zur Personalienfeststellung) festgenommen.

13.12.

Die Bullen laufen bei einem Genossen in Rendsburg auf, um zu fragen, ob er in der letzten Zeit im Ausland gewesen sei, speziell in Holland ("Sie wissen ja weswegen, was passiert ist")

Anf. Nov.

Ein Genosse aus HH, der wegen eines Transparentes zur Zusammenlegung während der Mobilisierung zu Fritz`Prozeß ein 129a-Verfahren gegen sich laufen hatte, in dessen Rahmen bei ihm damals auch eine Hausdurchsuchung gelaufen ist, bekommt eine Vorladung von Lübecker Bullen: in Lübeck sei ein Auto mit einem falschen Kennzeichen gesehen worden, das er gefahren haben soll. In dem Zusammenhang ist wichtig, daß die Bullen bei der Hausdurchsuchung auch eine Wanderkarte von der Lübecker Bucht beschlagnahmt haben, anhand derer sie dann bei Höfen in der Gegend nach Anmietversuchen und Manövern gefragt haben.

Bei Holger hat der Knast inzwischen ein 6-Punkte-Haftstatut erlassen, das sich im Wesentlichen auf die Unterbindung von Kontakten zu anderen 129a-Gefangenen geht. Die Bedingungen sind: Knastkleidung, 1 Stunde Einzelhofgang, Körperfilze vor und nach jedem Anwaltsbesuch (andere Besuche gab es noch nicht, weil die Anträge noch nicht entschieden sind), er darf an Haaren und Bart nichts verändern, Einkauf nur über Liste, verstärkte Zellenkontrollen während seiner Abwesenheit, Wegschließen aller anderen Gefangenen, wenn er irgendwohin geführt wird.
Den ersten ED-Versuch konnte Holger mit starker Gegenwehr verhindern, den zweiten nicht mehr. Während des Transportes im Hubschrauber nach Karlsruhe konnte er die ganze Zeit mit Ute reden.
Es geht ihm gut. Wenn jemand ihm schreiben will, bitte immer 1-2 Briefmarken mit reinlegen. die Adressen:

Ute Hladki / Holger Deilke
Über Ermittlungsrichter am BGH, Herrenstraße 45a, 75 Karlsruhe.



P r e s s e m i t t e i l u n g

Hamburg, den 4.01.90

Brokdorf-Verfahren gegen Fritz Storim eingestellt !

Die Staatsanwaltschaft Itzehoe hat das Verfahren gegen Fritz Storim wegen des Vorwurfs der Beteiligung an der Sprengung eines Strommastes des AKW Brokdorf im Jahre 1984 eingestellt.
Sie konnte den für eine Anklageerhebung erforderlichen dringenden Tatverdacht selbst nicht mehr aufrechterhalten.

Damit wurde die abenteuerliche Konstruktion um vermeintliche Indizien, Fachwissen und Gesinnung, einstmals Grundlage eines Haftbefehls, endgültig aufgegeben.

Bei unveränderter "Beweislage" traf die Staatsanwaltschaft im Laufe des Verfahrens gegen Fritz Storim folgende Entscheidungen:

- im Juli 1989 wurde Haftbefehl erlassen, zu einer Zeit, in der sich Fritz Storim aufgrund der Verurteilung im Hamburger § 129 a - Verfahren in strenger Isolationshaft befand.
- Ende November 1989 wird der Haftbefehl wieder aufgehoben, das Verfahren dennoch fortgeführt.
- Am 28.12.89 wird das Verfahren eingestellt.

Dies war keine juristische, sondern eine politische Entscheidung.

Offensichtlich schien es der SPD-Regierung in Schleswig-Holstein, die sich den Anschein gibt, aus dem Atomprogramm aussteigen zu wollen, nicht opportun, das Risiko eines von einer breiten Öffentlichkeit abgelehnten Prozesses gegen den Anti-AKW-Widerstand einzugehen.

Die Solidarität verschiedener politischer Kräfte - vom autonomen und antiimperialistischen Widerstand über Anti-AKW-Initiativen bis zu GEW, Studentengruppen, juristischen und journalistischen Vereinigungen -, zum Ausdruck gekommen in Solidaritäts adressen und Veranstaltungen in zahlreichen Städten, hat ihr Ziel erreicht.
Die Erklärung der ehemaligen Prozeßgruppe gegen das AKW Brokdorf, erschienen im Oktober 1989 in Hamburg, ist hierfür ein Beispiel:

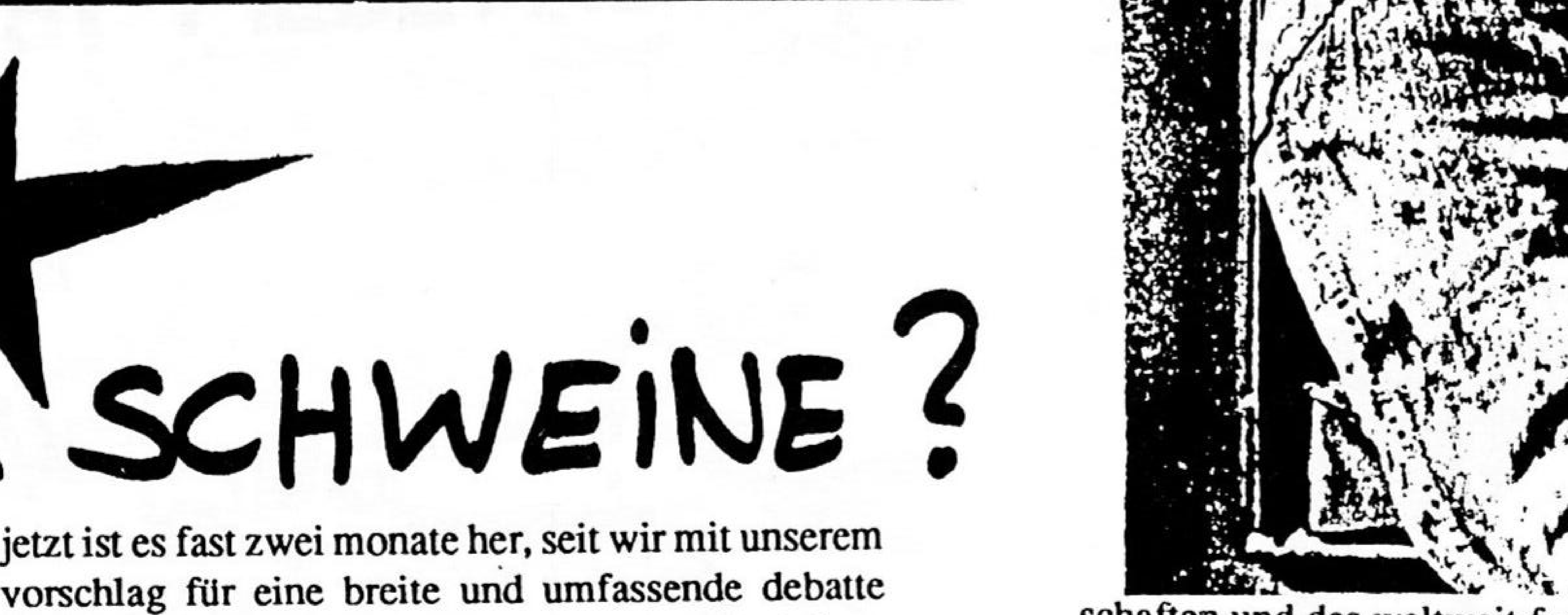
"Wir haben nicht vergessen, daß damals, 5 Jahre nach Harrisburg und 2 Jahre vor Tschernobyl, die Sprengung des Strommastes bei Brokdorf bei vielen AKW-Gegnern Freude ausgelöst hat; - genauso, wie nach der Katastrophe vonTschernobyl die schwindende Legitimation des Staates an einer Welle von Aktionen, bei denen Strommasten umgesägt wurden, sichtbar wurde".

Für die Verteidiger/innen Brandt, Beuth, Tode

Andreas Beuth
Rechtsanwalt
Beuth



KONGRESS INFO NR 1



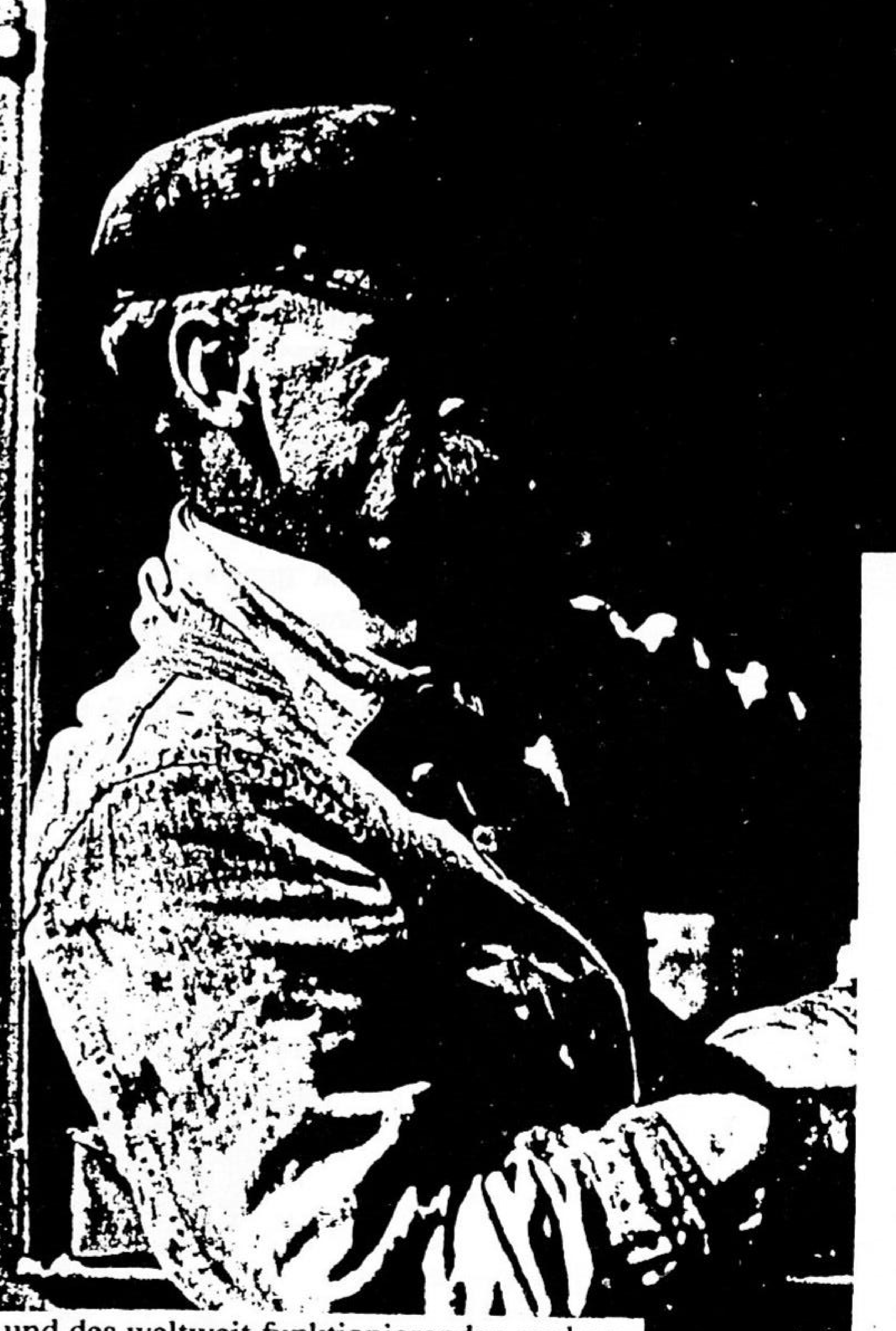
WAS TUN IM LAND DER SCHWEINE?





jetzt ist es fast zwei monate her, seit wir mit unserem vorschlag für eine breite und umfassende debatte (verbunden mit einem kongress) über perspektiven von widerstand rausgekommen sind.
hier soll jetzt noch mal was dazu geschrieben werden:
* zur notwendigkeit der auseinandersetzung
* zu bisherigen reaktionen
* zu unseren weiteren vorschlägen und ideen

zur notwendigkeit
wir haben in unserem diskussionspapier einiges zur situation, zur entwicklung der metropolengesellschaften, gegen deren menschenverachtende politik sich unser widerstand richtet, geschrieben.
(das papier war von uns nie als inhaltliche grundlage für die diskussion, sondern immer als ein beitrag gedacht.)
ausgangspunkt war für uns, dass die bisherige praxis revolutionärer und linksradikaler politik verändert werden muss. das neben- und gegeneinander der gruppen und zusammenhänge muss ein ende haben, wenn wir an der perspektive von befreiung festhalten wollen. es bleibt noch zu diskutieren woran es liegt, aber der fakt der atomisierung jeglicher opposition ist nicht zu leugnen.
woran wir denken ist nicht die vereinheitlichung, das diskutieren eines, wie immer gearteten konsens zwischen den gruppen - das wäre zwecklos und überflüssig. uns geht es um eine verständigung. verständigung über analyse der entwicklung der metropolengesellschaften und des weltweit funktionierenden ausbeutersystems, eine verständigung über kampfformen und perspektiven.



klar ist, dass es in einem ersten anlauf nicht gelingen kann diese auseinandersetzung mit allen und weltweit zu organisieren. wir wollen einen anfang machen.
menschen aus der dritten welt, menschen aus befreiungsbewegungen und aus basisorganisationen müssen dabei sein weil die kämpfe hier in einem realen verhältnis zu denen dort stehen und umgekehrt, und weil es den gemeinsamen gegner gibt.
wir sind in unserer anahme, dass ein bedürfnis nach einer debatte, einem produktiven streit vorhanden ist durch die bisherigen reaktionen auf unsere initiative bestätigt worden. das interesse wird allseits bekundet, so auch auf dem ersten vorbereitungstreffen mitte november.
unterschiedliche vorstellungen bestehen allerdings bezüglich der organisierung. wir haben in unserem papier geschrieben, dass wir die debatte als kollektiven prozess haben wollen, dass heisst: aktive beteiligung von menschen und gruppen. wir können und wollen nicht einen kongress organisieren, referenten, referentinnen bestellen, einladungen verschicken damit wir ein wochenende lang uns streiten können und das wars dann. der kongress, die diskussion muss von allen interessierten aktiv gestaltet werden - anders geht es nicht und anders wollen wir es nicht.

*** zum weiteren verlauf**
wir sehen jetzt erst mal drei bereiche, an denen es möglich und sinnvoll ist, die diskussion weiter zu führen. auf dem ersten vorbereitungstreffen wurde bereitschaft bekundet zur frage patriarchat, als system der unterdrückung zu arbeiten, beiträge zu organisieren. weiter wurde interesse angemeldet darüber zu diskutieren, zu arbeiten: was heisst radikale linke politik, welches verhältnis gibt es zwischen unserer lebensweise als unterdrückte und "nutzniesser" von ausbeutung und der ausrichtung unserer politik, der radikalität unserer ansprüche. ...
wichtig erscheint uns darüber hinaus, dass leute die einbeziehung von befreiungsbewegungen und basisorganisationen aus dem süden organisieren - ein bereich, ohne den wir uns eine produktive debatte über perspektiven von antiimperialismus und befreiung schlecht vorstellen können.

"die debatte mit den genossen und genossinnen im knast, wie wir sie wollen, wird es aber erst geben können, wenn die zusammenlegung als erster schritt durchgesetzt ist" - das steht so in unserem papier. wir haben dieses papier zusammen mit einem brief an die kämpfenden gefangenen geschickt weil wir sie als teil der revolutionären linken in der auseinandersetzung über perspektiven haben wollen.
das papier ging nicht überall durch die zensur, einige gefangene haben uns bereits dazu geschrieben, bzw. stellungnahmen in aussicht gestellt; auszüge sind in dieser zeitung dokumentiert. ob wenigstens diese versuche einer nur schriftlichen und übel zensierten "diskussion" weitergehen können, ist nach den erneuten angriffen auf die gefangenen von anfang dezember nicht sicher. wir wollen nicht den anschein erwecken, als wollten wir uns jetzt nett briefe mit den menschen im knast, die weiter isoliert und in vernichtungshaft sind, schreiben. es gibt zur zusammenlegung als erstem schritt keine alternative - der versuch einer vereinzelten diskussion unter den jetzigen bedingungen ist kein ersatz dafür, will es auch nicht sein.
am 17. dezember ist das zweite vorbereitungstreffen für den kongress. von der diskussion dort wird abhängen, ob und wie die debatte und der kongress stattfinden.

ingrid strobl schreibt aus essen:
... nun muss ich dir gleich sagen, das diskussionspaper, das du mir mit deinem letzten brief geschickt hast - da bin ich ziemlich platt. hatte das (warum auch immer) so nicht erwartet. jedenfalls kann ich einiges damit anfangen, und würde mich da auch gerne mit einmischen. ich muss dich nur darum bitten, mir sowohl zeit zu lassen, als auch mich noch auf kein thema festzulegen. ich merke bei allem was mich gerade besonders beschäftigt (ddr und übersiedler, die fatalen folgen des "neuen denkens", antifa, die endgültige integration der frauenbewegung in das system) dass ich nicht genügend material hab, nicht genügend "fleisch", um etwas zu produzieren, mit dem ich selbst halbwegs zufrieden sein könnte. ich könnte höchstens ein paar provokante thesen "abschiessen", vielleicht muss ich mich dann letzlich auch darauf beschränken, lieber würde ich etwas fundiertes produzieren. ich schicke dir spätestens ende dezember etwas los, im äussersten notfall (was ich nicht hoffe) eine begründung dafür, warum ich aus meiner knastsituation heraus nichts schicken kann.

rico prauss hat, wie die meisten u-häftlinge das papier nicht rein gekriegt. er hat von unseren plänen gehört und schreibt:
sehr grosser mist, - ich bin nämlich sehr gespannt zu eurer initiative und natürlich den gedanken dazu."der gefangene ist umfassend informiert durch das zeitungskontingent" sagt das olg. ach: klar worums geht.
... ich möcht an der diskussion um die initiative teilnehmen, - das ist jetzt bekloppt mit dem papier von euch, vielleicht schreibt mir jemand von euch nochmal 'persönlich' - also das klar erkennbar ist, dass es ein 'individueller brief' ist, wie das olg das nennt. ...

ISOLATIONSHAFT IST FOLTER

IN FASCHISTISCHER KONTINUITÄT

UNTERSTÜTZEN auch SIE eine revolutionäre Vereinigung

KEIN 129/a-VERFAHREN



stefan würth schreibt aus dem knast saarbrücken:
ihr habt euch in eurem sechs seiten papier ja auch überwiegend darauf beschränkt, die gesamte scheisse, die situation in den metropolen weltweit, einmal mehr aufzulisten, lösungen, oder zumnindest ansätze sind da auch keine draus ersichtlich! in puncto zl drängt sich da auch immer die frage auf, warum waren die solibündnisse draussen in den metropolen nicht in der lage den forderungen mehr nachdruck zu verleihen, warum ist fast alles nach dem abbruch eingeschlafen, warum tut sich nix??? die strukturen, wie sie für ne diskussion und kommunikation untereinander nötig wären sind noch nicht greifbar und somit fehlen halt auch die voraussetzungen für die diskussion mit euch da draussen. kommunikationsstrukturen zwischen uns gefangenen aus dem widerstand gibt es so gut wie keine, selbst die genossInnen aus der raf brauchen mit ihren recht mageren kommunikationsstrukturen oft viele monate um einen konsens zu erlangen. ...

norbert hofmeier, christian kluth, jens stuhlmann haben per postkarte die ankunft des papers mitgeteilt und stellen beiträge in aussicht.
jens stuhlmann: ziemlich hoher, aber guter anspruch - es wird zentral darauf ankommen, nicht nur ansprüche zu formulieren, sondern, dass wir uns an ihre umsetzung machen. was ich ganz besonders wichtig finde, ist das mit strukturen, organisation, einbeziehen der menschen...

eva haule schreibt am 2o.11. aus preungesheim:
heute kam deine post mit dem kongress-papier. gut! gisel hat's auch gekriegt und wir werden uns in den nächsten tagen drauf stürzen....
in einem brief vom 1o.12. geht sie ausführlich auf unsere idee und das papier ein. dieser brief kann hier leider nicht mehr dokumentiert werden. das kommt in der nächsten zeitung.

andreas haas schreibt aus dem knast heilbronn:
eure briefsendung wurde hier am 24.11. angehalten. mit solchen massnahmen sind wir hier immer wieder aufs neue konfrontiert und dem durchbruch gehen nun mal viele fehlschläge voraus. entscheidend ist ein fester wille.

hanna krabbe schreibt aus lübeck:
wir haben am 14.11. von euch den brief mit kongress-vorstellung bekommen. inzwischen auch gehört von einem vorbereitungstreffen und dass die diskussion weitergeht.
ist ne gute initiative. wir überlegen noch weiter dran. also schickt uns auf jeden fall, wenn es weitere vorstellungen, papers dazu gibt.

andi semisch hat das papier ebenfalls nicht bekommen. die begründung: briefe, in denen vom hungerstreik die rede ist, werden alle angehalten.



Du fragst mich,
was soll ich tun?
Und ich sage:
Lebe wild und gefaehrlich,
Artur

ronald m. schernikau, schriftsteller, berlin, ddr
liebe leute, vielen dank für euer papier. für mich als kommunist ist es natürlich beschämend, dass eine solche analyse nicht aus der kommunistischen partei kommt.
wir müssen sagen wie stark der imperialismnus ist, und wir müssen sagen, dass das nicht alles ist. beides zusammen bringen, das ist das problem.
ich lese ja so gerne goethe. goethe, dass ist der versuch, in zeiten, die man eigentlich nur negieren kann, mich der negation nicht auszuliefern. negation ist immer langweilig. es zählt, was ich der zeit entgegensetze.
politisch gesprochen: wenn ich mich zwischen verzweiflung und anpassung entscheiden soll, dann werde ich kommunist. ich glaube nicht, dass ohne diskussion mit den kommunisten des landes, in dem man sich befindet, ein vernünftiges handeln möglich ist. die kommunisten mögen verblödet sein, aber sie sind, in ihrer zeit und unter ihren bedingungen, die kommunisten. wer sich den luxus erlauben kann, sollte unbedingt hegel lesen.

wir werden die zeitung auch jeweils in die knäste schicken. wer die zeitung bestellen will, schickt uns eine eine-marks-briefmarke (oder mehrere). wir besorgen dann den versand.

weiter zu haben ist auch noch unser diskussionspapier: wer es will, bestellt es unter beilage einer briefmarke (eine mark siebzig).

wir haben kaum angefangen und merken, dass unserem projekt auch materielle schranken gesetzt sind. wir werden druckkosten in beachtlicher höhe haben, der versand in die knäste kostet ziemlich viel, muss und wird aber von uns finanziert werden.
klar um was es geht! wir brauchen spenden, kleine und grosse.
zu diesem zweck hier unser spendenkonto: unter dem stichwort "kongress" auf das konto von kontext e.v. bei der sparkasse mainz, blz 55o 5o1 2o, kontonummer 17 ooo 639

unsere adresse zum bestellen und hinschreiben:
mainzer plenum für die zl
c/o kontext
leibnizstrasse 24
65oo mainz

... wild und
gefährlich?



Aber immer!

diese zeitung hier soll mindestens bis zum kongress mehrmals erscheinen und dient ausschliesslich der dokumentation von beiträgen (nicht nur aus den knästen!), soll die gegenseitige information ermöglichen.

eigentumsvorbehalt: nach diesem vorbehalt ist die zeitung so lange eigentum des absenders bis sie dem oder der gefangenen persönblich ausgehändigt ist. eine zur-habe-nahme ist keine aushändigung im sinne des vorbehalts. bei nicht aushändigung ist die zeitung unter angabe von gründen an den absender zurück zu schicken!!!

TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE

Donnerstag, 11. 1.

17.00 "Geständnisse in Mamak" Film über Massenprozesse in der Türkei. CH 1989. Im El Locco, Kreuzbergstr. 43

17.00 Die marxistische Gruppe stellt ihre Kritik der pol. Ökonomie des realen Sozialismus vor Ort Invalidenstr. 42 im HS 1

21.00 "Auch Zwerge haben klein angefangen" Film von Werner Herzog, 1970. Im El Locco.

jeden Donnerstag

18.00 Gruppentermin des ASTI (anarchistische Gruppe) im A-Laden, Rathenowerstr. 22.

20.00 Volksküche im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

Freitag, 12. 1.

14.00-21.30 Eröffnung, Referate und Arbeitsgruppen der **38. Berliner Arbeitstagung der dt. Burschenschaften zur dt. Frage** im Hotel Intercontinental, Budapesterstr.

21.00 Ake, Jahre der Kindheit, Lesung aus den Kindheitserinnerungen des nigerianischen Literatur-Nobel-Preisträgers Wole Soyinka. Im El Locco.

21.00 Frauen-/Lesbenfete im Steps, Großbeerenstr. 64.

23.00 "Alle Macht den Räten", BRD 1969, 70 min. Im El Locco.

jeden Freitag

21.00-3.00 Cafe des Autonomen Begegnungszentrum "Kirche von unten", Elisabethkirchstr. 21/Invalidenstraße, Berlin, Hauptstadt der DDR.

15.00-20.00 Cafe in der Lunte

Samstag, 13. 1

9.00-21.00 "Argumente gegen Rechts" Arbeitstreffen im TU-Mathegebäude, Straße des 17. Juni.

Berliner Arbeitstagung der dt. Burschenschaften zur dt. Frage im Hotel Intercontinental, Budapesterstr.:
9.00-12.30 Referate
14.00-17.00 Podiumsdiskussion mit Journalisten:"Was ist das dt. Vaterland."
20.00 Festkomers

17.00 "Trotz alledem", Film über das Leben von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Im El Locco.

18.00 Kurdistan Solidaritäts Kultur Veranstaltung in der Alten TU-Mensa.

21.00 Die politische Theorie des Anarchismus, Infoveranstaltung im El Locco.

23.00 "Auch Zwerge haben klein angefangen" Film von Werner Herzog 1970. Im El Locco.

jeden Samstag

Frauentag und ab **18.00 FrauenKiezcafe** im Infoladen **Lunte**, Weisestr. 53.

16.00-20.00 Antifa-Info-Telefon 692 15 99. Informiert euch und uns über Überfälle, Faschoaktionen, Prozesse, ...

Sonntag, 14. 1.

Berliner Arbeitstagung der dt. Burschenschaften zur dt. Frage im Hotel Intercontinental, Budapesterstr.:
9.00-12.00 Stadtrunfahrt mit Kranzniederlegung Plötzensee (?) und Mauer
12.00 Reichstagsbesichtigen und Fressen

15.00 (jeden 2. So. im Monat) **Antifa-Café** in den Räumen der KVU, Elisabethkirchstr. 21, Berlin 1020

16.00-16.30 Menschenkette für Karl Lieknecht und Rosa Luxemburg zwischen Friedrichsfelde und Landwehrkanal.

17.00 "Trotz alledem", Film über das Leben von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Im El Locco. Im El Locco.

18.00 Kiezküche im Wedding. Bei den Zorrows, Grünthaler Straße 38.

19.00 "Südafrikanische Gesichter", Video aus Südafrika, 1987, Produktion VARAN. Im El Locco.

20.00 Veranstaltung zu Thomas Klipper und den anderen 4 Gefangenen aus Düsseldorf im EX, Gneisenaustr. 2a

21.00 "Käthe Kolwitz", Video, BRD, 1983. Im El Locco.

jeden Sonntag

13.00 - 17.00 Frauentag in der M 99, Manteuffelstr. 99

14.00 Neuköllner Kiezküche im Syndikat, Weisestr. 56

16.00 Frauenkiezcafé im Falckeladen, Falckensteinstr. 46. **Kinder sind erwünscht.**

ab **18.00 Kiezküche** im Anfall, Gneisenaustr.64

20.00 Film im EX, Gneisenaustr. 2a

Montag, 15. 1.

20.00 VV zur Wohnungsnotgroßdemo am 20. 1. im Versammlungsraum, Gneisenaustr. 2a.

jeden Montag

15.00-20.00 Antifajugendcafe im Infoladen Lunte, Weisestr. 53.

19.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfetreffen im Heilehaus, Waldemarstr. 36

20.00 Volksküche im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

Dienstag, 16. 1.

18.00 "Lieber Freund der deutschen Sache" Dokumentation des Bundesparteitags der DVU 1987. Im Schülercafé in der Besselerkaserne, Flankenschanze 46, 1/20.

19.00 "Geständnisse in Mamak" Film über Massenprozesse in der Türkei. CH, 1989. Der Video **"Türken unter Terror"** und **aktuelle Infos**. Im El Locco, Kreuzbergstr. 43

20.00 Die Mauer ist weg - die Stromtrasse bleibt. Veranstaltung des Aktionsbündnisses Stromtrasse im Ökodorf, Kurfürstenstraße 14.

21.00 "Es geht durch die Welt ein Geflüster", Video über die Ereignisse in München während der Zeit der Räterepublik Nov. 1918 - Mai 1919. Im El Locco.

jeden Dienstag

19.00 Gruppentermin der FAU (Freie ArbeiterInnen-Union) im A-Laden, Rathenauer Str. 22

20.00 Film &&&, im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

Mittwoch, 17. 1.

17.00 Werkschau Pornographie - Eine Nachbereitung, im El Locco.

19.00 "Alle Macht den Räten", BRD 1969, 70 min. Im El Locco.

20.00 raus zum Revolutionären 1. Mai. Erstes Vorbereitungstreffen (Keine VV) im Blauen Salon, Gneisenaustr. 2a. Parteien o. ä. sind völlig unerwünscht. Dicke Nerven und Revolutionäre Ideen sind mitzubringen!

20.00 "Wotans Erbe" Bericht über Neonazistische Jugendorganisationen, BRD 1977, 47 min. Im A-Laden, Rathenowerstr. 22.

21.00 "Auch Zwerge haben klein angefangen" Film von Werner Herzog 1970. Im El Locco.

ieden Mittwoch

15.00-20.00 MieterInnencafé in der Lunte, Weisestr. 53

17.00 "Strafvollzug in der BRD und Westberlin", Autonomes Seminar in der Rostlaube, Habelschwerdter Allee 45, Raum JK 25/219.

19.00 - 21.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfe, Beratung im Heilehaus, Waldemarstr. 36.

19.00-24.00 Cafe des Autonomen Begegnungszentrum "Kirche von unten", Elisabethkirchstr. 21/Invalidenstraße, Berlin, Hauptstadt der DDR.

Donnerstag, 18. 1.

17.00 "Schafft die Armee ab". Eine Nachbetrachtung zur Initiative der Schweiz und deren Volksabstimmung. Im El Locco.

19.00 "Auch Zwerge haben klein angefangen" Film von Werner Herzog 1970. Im El Locco.

21.00 "Alle Macht den Räten", BRD 1969, 70 min. Im El Locco.

Auf der Kiezdemo am 16.12. wurde eine Brille gefunden und im Krümelladen (Weserstr.155) am Thresen abgegeben.Sie kann dort abgeholt werden.
Mo,Mi,Fr ab 19.00,Di ab 16.00 !


VERANSTALTUNG
ZUM PROZESS VON THOMAS
KILPPER, EINER DER FÜNF
GEFANGENEN AUS DER
KIEFERNSTR.
SO, 14.1.90
20 00
EX
GNEISENAUSTR. 2A
ZU-
SAMMENLE-
GUNG JETZT
FREILASSUNG!
KOMMT!